



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

1/2

Januar/Februar 2020 / 54. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Quo vadis – Europas Sicherheit

Seite 13 <

DPoIG-Spitze und
Bundesinnenminister
Seehofer im Gespräch:
Gemeinsam für die
Ruhegehaltfähigkeit
der Polizeizulage

Seite 21 <

Fachteil:

- Vorschau zum 58. Deutschen Verkehrsgerichtstag 2020 vom 29. bis 31. Januar 2020
- Vorschau zum Europäischen Polizeikongress 2020 am 4. und 5. Februar 2020



Links und rechts im Abseits und die Mitte sprachlos?

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Wochen waren aus politischer Sicht bemerkenswert. Zumindest wenn man diese, und das ist nun mal unsere Aufgabe, durch die Polizeibrille betrachtet. Da gab es doch den einen oder anderen Aufreger, der das Polizistenblut in Wallung brachte.

In den letzten Monaten kam es mehrfach zum Schusswaffengebrauch, der für das polizeiliche Gegenüber tödlich endete. Zumindest in zwei Fällen können wir davon ausgehen, dass unser Gegenüber psychisch krank war. Natürlich muss man in jedem einzelnen Fall prüfen, welche polizeilichen Möglichkeiten zur Verfügung standen. Und keiner sollte meinen, ähnlich wie beim Fußballschauen vor dem Fernseher, die Lage auch nur annähernd beurteilen zu können. Aber leider müssen wir immer mehr konstatieren, dass in dem einen oder anderen Fall durch den Einsatz eines Distanz-Elektroimpulsgeräts vielleicht die Gefahr der tödlichen Verletzungen hätte vermieden werden können. Wenn dann der politische Ablehnungsreflex zum Einsatz eines Distanz-Elektroimpulsgeräts eintritt, dann kann man schon mal an der politischen Vernunft zweifeln. Ein Einsatzmittel wird abgelehnt, teilweise mit den Argumenten zu Verletzungsgefahren für das polizeiliche Gegenüber. Und in der Realität führt der zwangsläufige Schusswaffengebrauch zu den größten Verletzungsfolgen, die überhaupt denkbar sind. Als Regionalbeauftragter der DPOIG-Stiftung für die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, nunmehr seit fast 15 Jahren, könnte man fast daran verzweifeln, wenn

man die fast unheilbaren Wunden unserer Kolleginnen und Kollegen miterleben muss, die in solchen Fällen die Schusswaffe einsetzen. Froh bin ich, dass unsere DPOIG-Stiftung einen wichtigen, vielleicht auch ganz kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten kann und leistet, um unseren „Opfern“ beizustehen. Dankbar bin ich, wenn unsere Leserinnen und Leser, den in der nächsten Ausgabe beigefügten Spendenaufruf nutzen, um etwas für unsere Kolleginnen und Kollegen zu tun, die Hilfe benötigen.

Ein weiterer Aufreger war sicherlich Saskia Esken. Die „Neue“ in der SPD-Parteiführung. So schnell kann man sich bekannt machen. In diesem Fall mit völlig unqualifizierten Äußerungen zu einem Vorfall, bei dem ein Kollege Opfer einer Gewalttat wurde. Esken fordert nach den Ausschreitungen in Leipzig eine Überprüfung des Polizeieinsatzes in der Silvesternacht. „Im Sinne der Polizeibeamten müsse jetzt schnell geklärt werden, ob die Einsatztaktik angemessen gewesen sei.“ „Wie bitte!? Geht's noch?“, würde meine Tochter formulieren. Da musste ein Kollege nach einem feigen Anschlag des linken Mobs am Ohr operiert werden. Und Frau Esken stellt die Frage nach der Einsatztaktik. Infolgedessen gibt es sogar eine Diskussion darüber, ob der Kollege einer „Notoperation“ unterzogen wurde oder ob das eher eine „normale Operation“ gewesen sei. Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bleiben eine Straftat. So viel Geschmacklosigkeit habe ich schon lange nicht mehr erlebt. Und diese wird auch nur noch von einem Bericht dazu in der Zeit getroffen, in dem festgestellt

wird: „Die Polizei hat kein Recht darauf, angebetet zu werden.“

■ Rückendeckung für unsere Kolleginnen und Kollegen

Als untauglichen Versuch möchte ich es da bezeichnen, wenn im innerparteilichen Dialog die Hinterbänklerinnen der SPD sich dann noch offene Briefe schreiben. Zu Recht postet ein SPD-Mitglied, dessen Vater selbst Polizeibeamter ist, dass er von seinen MdBs mehr erwartet hätte. Ich auch.

Gut, dass unser Bundesinnenminister Horst Seehofer sich vor die Polizei stellt und feststellt, dass die Tat von Leipzig zeige, dass „menschenverachtende Gewalt“ auch „von Linksextremisten“ ausgehe. Die Gewalt in Leipzig ist durch nichts zu rechtfertigen. Und offen gesagt, brauchen wir keine Politiker die in weiter Entfernung sich ein Urteil erlauben, ohne den Sachverhalt zu kennen. Die Polizei braucht keine Hilfe von vermeintlichen Politikgrößen, die sich auf Kosten der Polizei profilieren möchten.

Großes Aufsehen erregte in Baden-Württemberg ein Polizeidirektor, der als „Polizei-Grüner“ kurz vor Weihnachten sich in den Medien über „schwarze Schafe in der blauen Truppe“ ausließ mit Feststellungen wie: „Wir kommen daher wie Kampfmaschinen.“ – „Da gehen einzelne Kollegen besonders rumpelig vor, provozieren Widerworte oder Gegenwehr.“ Oder: „Da sind einige dabei, die charakterlich nicht geeignet sind.“ Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich diffamiert und in völlig inakzeptabler Art und Weise in der Öffentlichkeit verun-



glimpft. Das brodeln noch nach mehr als vier Wochen, ist Diskussionsthema in den Personalvertretungen. Und sollte sich im Innenministerium mal jemand dessen Chats und Postings anschauen, könnte man durchaus die Frage nach einer charakterlichen Eignung stellen, die der Polizei-Grüne selbst aufgemacht hat.

Und die Mitte sprachlos? Nein, Gott sei Dank nicht. Es ist gut, wenn wir von Bundes- und Landtagsabgeordneten, Kommunalpolitikern und aus der Mitte der Gesellschaft in allen Fällen Rückendeckung erhalten. „Wir vertrauen unseren Beamtinnen und Beamten und vertrauen auch auf korrektes Verhalten.“ „Dieses menschenverachtende Vorgehen grenzt an versuchten Totschlag.“ „Wer für uns die Knochen hinhält, sollte den Rücken gestärkt bekommen. Hier werden Täter und Opfer vertauscht.“ Für das klare Statement der „Mitte“ unserer Gesellschaft danke ich. Ich hoffe, dass uns dieses Statement in diesem Jahr begleitet und trägt. Für die SPD und die Grünen wünsche ich mir, dass sie die Kraft und die Zeit finden, ihre Haltung zu denjenigen, die sich tagtäglich (und auch nachts) für ihre Sicherheit einsetzen, zu überdenken.

Ihr
Ralf Kusterer,
stellvertretender
Bundesvorsitzender

DPoIG im Internet: www.dpolg.de

Ihre Meinung interessiert uns: dpolg@dbb.de

> DPoIG

- > Leitartikel: Links und rechts im Abseits und die Mitte sprachlos? 3
- > Vorläufige Bilanz der Binnengrenzkontrollen vorgelegt: DPoIG: Ohne intelligente Kontrollen keine wirksame innere Sicherheit 5
- > Uniformen, Ausrüstung, Ausbildung – Europas Polizeigewerkschaften fordern Mindeststandards 6
- > Bundesverdienstkreuz für zwei engagierte Gewerkschafter 8
- > DPoIG setzt sich erfolgreich ein: Strafbarkeit des Einschleusens von Minderjährigen auf dem Weg 10
- > Leipzig als Mahnung: DPoIG: Gewalttätigen Linksextremismus nicht unterschätzen! 14
- > Neues Fach: „Internationale Polizeiliche Beziehungen“ an der Deutschen Hochschule der Polizei (Teil 2) 16
- > Senioren-Fachseminar im dbb Bildungszentrum Königswinter: Erbrecht, Vollmachten, Patientenverfügung, Pflege 18
- > Fachteil:
 - Vorgestellt: Prof. Dr. Dieter Müller 20
 - Vorschau zum 58. Deutschen Verkehrsgerichtstag 2020 21
 - Vorschau zum Europäischen Polizeikongress 2020 22
 - Aufgeklappte Ladeflächentüren bei Anhängern (geöffnete Heckportaltüren) 24

> dbb

- > Neujahrsempfang des Bundespräsidenten: Das Klima des Hasses bekämpfen 25
- > interview: Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der gemeinnützigen Digitalisierungsinitiative D21 26
- > jugend: Neues Berufsbildungsgesetz in Kraft – Ein Anfang ist gemacht 28
- > dbb Jahrestagung 2020: Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst 30
- > die andere meinung 40
- > Monitor öffentlicher Dienst 2020: Neuauflage mit Mehrwert 41
- > mitgliedsgewerkschaften 42

> Impressum

HERAUSGEBER DER POLIZEISPIEGEL-SEITEN: Bundesleitung der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM dbb (DPoIG), Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-123. **Telefax:** 030.47378125. **INTERNET:** www.dpolg.de. **E-Mail:** dpolg@dbb.de. **REDAKTION BUNDESTEIL:** Elisabeth Schnell. **REDAKTION FACHTEIL:** Prof. Dr. jur. Dieter Müller **FOTOS IM DPoIG-TEIL:** DPoIG, Fotolia, Windmüller, DPoIG-Stiftung. **Titelfoto:** © Frontex. **VERLAG:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **VERLAGSORT UND BESTELLANSCHRIFT:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS:** Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 52,00 Euro zzgl. 13,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 5,50 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim DBB Verlag in Textform eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. Für die Mitglieder der Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Manuskripte und Bilder, die unverlangt eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb oder der Redaktion dar. Erscheinungsweise monatlich, Doppelausgaben Hefte 1/2 und 7/8.

HERAUSGEBER DER DBB MAGAZIN-SEITEN: Bundesleitung des dbb, Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **LEITENDE REDAKTEURIN:** Christine Bonath (cri). **REDAKTION:** Jan Brenner (br). **FOTOS:** Brenner, Fotolia, MEV. **VERLAG:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **VERLAGSORT UND BESTELLANSCHRIFT:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **ANZEIGEN:** DBB Verlag GmbH, Mediacer, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **ANZEIGENLEITUNG:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **ANZEIGENVERKAUF:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **ANZEIGENDISPOSITION:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 61 (dbb magazin) und Preisliste 41 (Polizeispiegel), gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage dbb magazin:** 590 537 (IVW 3/2019). **Druckauflage Polzeispiegel:** 78 612 (IVW 3/2019). **ANZEIGENSCHLUSS:** 6 Wochen vor Erscheinen. **HERSTELLUNG:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

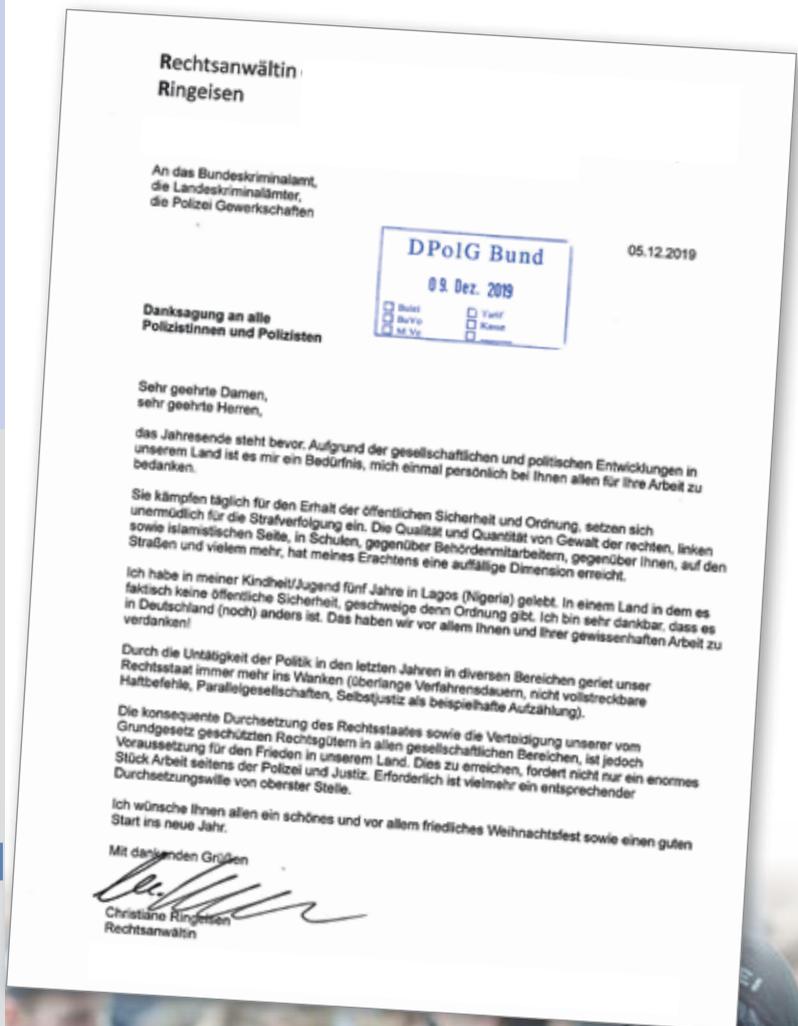
ISSN 1437-9864



Nichts ist selbstverständlich

Ein Brief erreichte die DPoIG Bundesgeschäftsstelle Ende letzten Jahres, der uns sehr berührte. Solch ein Schreiben, das einmal Dank und Anerkennung für das Engagement und die tagtägliche Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen bei der

Polizei in Deutschland formuliert, bekommen wir nicht alle Tage. Diesen Brief wollen wir gern denen, denen der Dank gilt, nicht vorenthalten und drucken ihn deshalb mit ausdrücklicher Genehmigung der Verfasserin der Zeilen ab. ■





Vorläufige Bilanz der Binnengrenzkontrollen vorgelegt

DPoIG: Ohne intelligente Kontrollen keine wirksame innere Sicherheit

178 Personen mit Wiedereinreiseperrre, 249, bei denen ein Haftbefehl vollstreckt wurde – das ist nur ein Teil der Bilanz der im November 2019 eingeführten verschärften Kontrollen an den deutschen Binnengrenzen. Die Anfang Dezember vorgelegten Zahlen durch Bundesinnenminister Horst Seehofer und dem Präsidenten der Bundespolizei, Dieter Romann, zeigen nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), wie notwendig die Einführung intelligenter Grenzkontrollen ist.

Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz: „Ohne Binnengrenzkontrollen kann die innere Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden. Spät, wenn auch nicht zu spät, ist diese Einsicht im politischen Raum angekommen. Die erfolgreiche und wichtige Arbeit der Bundespolizei mit Grenzkontrollen und verstärkter Schleierfahndung wird mit dieser Zwischenbilanz einmal mehr deutlich. Mehr als gerechtfertigt wird überdies der laufende Personalaufwuchs bei der Bundespolizei, der noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Grenzkontrollen haben im Übrigen auch zur Aufdeckung

und Bekämpfung von Kriminalität im Allgemeinen geführt. Auch dies werten wir als Erfolg dieser Maßnahmen.“

Für die DPoIG kommt es jetzt darauf an, die langfristigen Ziele des Grenzschutzes durchzusetzen, um auch die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates zu demonstrieren.

„Den lückenlosen Schutz der EU-Außengrenzen sowie das Ziel, den Asylstatus von Flüchtlingen bereits an den Außengrenzen der EU festzustellen und zu bescheiden, halten wir für notwendig und richtig. An dieser Stelle hat das Ansinnen des Bundesinnenministers unsere volle Unterstützung“, so DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt. „Unsere Forderung, sogenannte Hotspots an den Außengrenzen der EU einzurichten, wo über Asyl entschieden wird, bleibt damit auf der Tagesordnung. Dass die Abstimmung mit den europäischen Partnern ein langwieriger Prozess wird, ist allen Beteiligten klar. Bis die EU-Außengrenzen wirksam geschützt werden können, brauchen wir deshalb die verschärften, intelligenten und engmaschigen Grenzkontrollen.“

> Info

Gesamtzahl Asylanträge im Jahr 2019 und Dezember 2019

Im Jahr 2019 wurden 111 094 grenzüberschreitende Asylerstanträge, 31 415 Asylerstanträge für in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr sowie 23 429 Asylfolgeanträge gestellt.

Im Dezember 2019 wurden neben den 6 771 grenzüberschreitenden Asylerstanträgen auch 1 588 Asylerstanträge für in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr sowie 1 492 Asylfolgeanträge gestellt.

Asylentscheidungen im Jahr 2019 und Dezember 2019

Im Jahr 2019 hat das Bundesamt über die Anträge von 183 954 Personen entschieden, 32 919 weniger (–15,2 Prozent) als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

45 053 Personen (24,5 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 2 192 Personen (1,2 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16 a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 42 861 Personen (23,3 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylgesetzes i. V. m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

19 419 Personen (10,6 Prozent) erhielten nach § 4 des Asylgesetzes subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU. Darüber hinaus hat das Bundesamt bei 5 857 Personen (3,2 Prozent) Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 54 034 Personen (29,4 Prozent). Anderweitig erledigt (zum Beispiel durch Entscheidungen im Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) haben sich die Anträge von 59 591 Personen (32,3 Prozent).

Quelle: BMI/bmi.bund.de

Uniformen, Ausrüstung, Ausbildung – Europas Polizeigewerkschaften fordern Mindeststandards

Das Projekt der Europäischen Polizei Union (EPU) „Mindeststandard für maximale Sicherheit“ wurde von einer Gruppe von Polizeixperten aus ganz Europa ins Leben gerufen, um die verborgenen unbestätigten Diskrepanzen zwischen verschiedenen Polizeikräften in Europa in Bezug auf Uniformen, Ausrüstung und Ausbildung zu untersuchen und zu dokumentieren. Das Projekt hat unter anderem eine umfassende Analyse veröffentlicht, in der Polizeiuniformen und Ausrüstung in 15 europäischen Ländern, die Mitglieder der EPU sind, genau und ausführlich beschrieben werden.

Die EU befasst sich mehr denn je mit umfangreichen Problemen der grenzüberschreitenden Kriminalität, einem rasch wachsenden Flüchtlingsstrom

und der zunehmenden Intensität aggressiven Extremismus und gewaltsamen Terrorismus. Heutzutage sind die Regierungen in Europa eindeutig nicht in der Lage, unseren Bürgern die grundlegende Sicherheit zu garantieren, da Sparmaßnahmen sie drücken und das Terrorismusrisiko steigt. Die europäische Integration kann nicht gestoppt werden, weshalb der Aufbau einer umfassenden europäischen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen nationalen Polizeibehörden eine Notwendigkeit geworden ist. Polizeibeamte, die unsere Sicherheit gewährleisten und dabei Leib und Leben riskieren, verdienen den allerbesten Schutz und die besten Arbeitsbedingungen.

Ziel des EPU-Projekts ist es, Mindeststandards für die euro-



> Gerrit van de Kamp, Jacqueline Hirt und Rainer Wendt bei der EPU-Tagung in Brüssel



Mindeststandard für Polizeiautos



Mindeststandards für Polizeiautos

Mindeststandard der Ausrüstung



Mindeststandard der Uniformen



päischen Polizeibeamten in Bezug auf Uniformen, Ausrüstung und Ausbildung festzulegen.

„Ohne Schutz keine Sicherheit“

Auf Einladung und auf Initiative des bulgarischen Abgeordneten Andrey Slabakov wurden Vertreter der Polizeigewerkschaften aus Bulgarien (TUFE-MI), Deutschland (DPoIG), den Niederlanden (AKP), Kroatien (SPH), Rumänien (SNPPC) und Polen (ZGNSZZP) zu Mitgliedern der Europäischen Polizeiunion (EPU) und nahmen an einem Arbeitstreffen im Europäischen Parlament am 12. Dezember 2019 in Brüssel teil.

Bei der Diskussionsrunde „Die Bedeutung von Polizeiuniformen, Ausrüstung und Ausbil-

dung für die Sicherheit der EU-Bürger“ wurde die Notwendigkeit eines besseren Schutzes der Polizeibeamten in Europa und die Einführung von Mindeststandards für Polizeibeamte auf der Grundlage der Empfehlungen der EPU unterstrichen.

Die Einführung und Verabschiedung von Mindeststandards für Polizeibeamte in Europa, um die Sicherheit in der EU auf das erforderliche Niveau zu heben, kann nur erreicht werden, wenn im EU-Haushalt ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Durch regelmäßige nationale und europäische Konsultationen (sozialer Dialog) und Verhandlungen zwischen Interessengruppen und Arbeitneh-

mern ist es möglich, politische Vereinbarungen über die Form und den Inhalt der Gewährleistung von Mindeststandards für Polizeibeamte in Europa zu treffen, um das Sicherheits- und Schutzsystem für Europa zu verbessern auf ein notwendiges und akzeptables Niveau. Schließlich ist jeder unzureichend ausgestattete Polizist

einem Sicherheitsrisiko ausgesetzt. Wir werden Sie über alle Entwicklungen auf dem Laufenden halten. In der Zwischenzeit werden wir die europäischen Institutionen weiterhin darauf hinweisen, dass die Sicherheit und der Schutz von Polizeibeamten in Europa oberste Priorität haben.

> Info

Europäische Polizei Union schützt Interessen von Polizeibeamten

Die Schaffung, der Schutz und die Weiterentwicklung der Europäischen Union als wertebasierte Gemeinschaft in einem Raum des Friedens, der Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit ist eine der herausragenden Errungenschaften der Vergangenheit und eine große Herausforderung für ihre Zukunft. Polizeibeamte in den Mitgliedsländern und Kandidatenländern der Europäischen Union tragen mit ihrem persönlichen Engagement in erheblichem Maße zur Verwirklichung dieser Ziele bei, in vielen Fällen sogar auf die Gefahr hin, ihre eigene Gesundheit und ihr eigenes Leben zu riskieren. Sie alle sollten daher uneingeschränkt und gleichermaßen Anspruch auf politische Solidarität und soziale Sicherheit haben, um ihre täglichen schwierigen und riskanten Aufgaben erfüllen und für sich und ihre Familien sorgen zu können.

Prioritäten genießen dabei angemessene Einkommen, Arbeitszeiten und -bedingungen, Sozialleistungen, Gesundheitsfürsorge und der Schutz bei Unfällen (Arbeitnehmerentschädigung). Die Europäische Polizeiunion (EPU) schützt die Interessen der Polizeibeamten in ganz Europa und setzt sich nachdrücklich für die Schaffung und Verbesserung ihrer sozialen Sicherheit im Einklang mit den Lebensumständen und Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Mitgliedstaaten und Kandidatenländern der EU ein.



> Solche Ausstattung mit Schuhen für Polizeibeamte in Bulgarien sollten der Vergangenheit angehören.

Bundesverdienstkreuz für zwei engagierte Gewerkschafter

Ein Gewerkschafter der klaren Worte: Wolfgang Ladebeck

Staatsminister Rainer Robra aus Sachsen-Anhalt hat am 11. Dezember 2019 in der Staatskanzlei in Magdeburg an Wolfgang Ladebeck den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland (das Bundesverdienstkreuz) überreicht. Verliehen wird der Orden von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier.



© Staatskanzlei/mes.berger (2)

➤ Zum Bundesverdienstkreuz gratulierten Wolfgang Ladebeck (Mitte): Olaf Sendel (DPoIG-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Dirk Kost (Seniorenbeauftragter), Joachim Lenders (1. stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender), Stefan Perlbach (1. stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender) (von links)

Robra würdigte in seiner Laudatio das fast 30-jährige gewerkschaftliche Engagement des 59-jährigen Polizeirates



➤ Aus den Händen von Staatsminister Rainer Robra erhielt Wolfgang Ladebeck das Bundesverdienstkreuz.

aus Sachsen-Anhalt. „Seit beinahe 30 Jahren setzen Sie sich in beeindruckender Weise dafür ein, dass die Belange der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – insbesondere der Polizei – in Politik und Öffentlichkeit Gehör finden.“

Sie haben Ihre Erfahrungen und Ihre Zeit stets uneigennützig in den Dienst der Gesellschaft gestellt und hierdurch in vorbildlicher Weise einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwohl geleistet“, sagte Robra anlässlich des Empfangs am 11. Dezember 2019.

➤ Gewerkschafter aus Überzeugung

Wolfgang Ladebeck hat sich schon zu DDR-Zeiten, zunächst als Instandhaltungsmechi-

ker und Meister im damaligen Schönebecker Traktorenwerk, ab 1985 als Polizist, für die sozialen Belange seiner Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Dabei sollte es bleiben, sein gesamtes Berufsleben lang. Nach Mauerfall und Wiedervereinigung, als die ersten freien Gewerkschaften auch in Sachsen-Anhalt entstanden, war für ihn klar, als Polizeivollzugsbeamter Mitglied in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Deutschen Beamtenbund zu werden. Da er nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern mitgestalten wollte, war er seit 1991 nach verschiedenen Funktionen in seiner Heimatgewerkschaft von 2001 bis zum November diesen Jahres Landesvorsitzender und seit 2003 stellvertretender Bundesvorsitzender

der DPoIG. „Mitmischen“ wollte er auch beim dbb Landesbund, zunächst als stellvertretender dbb Landesvorsitzender, seit Juni 2014 als dbb Landeschef.

Ladebeck ist ein Gewerkschafter aus Überzeugung, ein engagierter Vertreter der Interessen der Staatsdiener und ein Anwalt für einen öffentlichen Dienst, der personell gut ausgestattet zu jeder Zeit die staatlichen Aufgaben erfüllt und den Herausforderungen der neuen Arbeitswelt gerecht wird. Für die Politiker unseres Landes war er nicht immer ein bequemer, aber fairer Gesprächspartner.

Seine über die Jahre gewachsenen guten Kontakte zu Mitgliedern der Landesregierung und des Parlaments haben den Einfluss des dbb auf bestimmte Entscheidungen, den öffentlichen Dienst betreffend, gesichert. Ladebeck ist kein Mann der lauten, aber der klaren Worte. Er ist ein Mann der Praxis, der weiß, wovon er redet. Dass er überzeugen kann und hartnäckig Ziele verfolgt, hat ihm der damalige Finanzminister Jens Bullerjahn höchstpersönlich auf dem Flur des Landtagsgebäudes bescheinigt:

Ohne Wolfgang Ladebeck hätte es 2017 keine Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt gegeben.

Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement vertritt Ladebeck derzeit die Interessen der Arbeitnehmer in der Medienanstalt Sachsen-Anhalt, ist Mitglied im Landespersonalausschuss und ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Magdeburg. ■

Immer im Dienst für die Kolleginnen und Kollegen: Hermann Benker

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande wurde am 18. Dezember 2019 Hermann Benker (63) aus Sparneck, Landkreis Hof, Polizeioberrat a. D. geehrt. In der vom Bayerischen Innenministerium veröffentlichten Begründung heißt es: Hermann Benker gestaltet seit über 40 Jahren mit großem Sachverstand und außerordentlichem persönlichen Engagement die Geschicke der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Bayern mit. Er hat sich damit in besonderer Weise für die Belange der Polizistinnen und Polizisten des Freistaates Bayern und weit darüber hinaus verdient gemacht. Während seines aktiven Polizeidienstes war er 16 Jahre lang Personalratsvorsitzender bei der Polizeidirektion Hof.



© Giulia Iannicelli (2)

> Feierlicher Akt: das Bundesverdienstkreuz am Bande an Hermann Benker

Er war Mitglied und bald darauf auch Vorsitzender des Bezirkspersonalrats beim Polizeipräsidium Oberfranken sowie ab 1986 Mitglied des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Innenministerium. 1973 trat er in die DPoIG ein und war dort jahrelang Vorsitzender des Kreisverbandes Hof. Daneben hatte er zehn Jahre lang den Vorsitz des Bezirksverbandes Oberfranken inne. Von 1995 bis 2003 war er außerdem zunächst stellvertretender Landesvorsitzender und ab 2003 Landesvorsitzender der DPoIG. Von 2007 bis 2015 war er zu-

dem als Erster stellvertretender Bundesvorsitzender tätig. Ende der 90er-Jahre setzte er sich dafür ein, dass die sogenannte Polizeizulage in Bayern in gewohnter Weise beibehalten wurde. Er engagierte sich für die Einführung von sogenannten Cybercops in Bayern, wodurch Informatiker und IT-Spezialisten direkt eingestellt werden konnten.

■ Großer Einsatz für die DPoIG-Stiftung

Ein großes Anliegen war ihm auch die enge Zusammenar-

beit mit der in Bayern ansässigen Stiftung der DPoIG. Er widmete sich in besonderer Weise der Dienstunfallfürsorge sowie der Betreuung und dem Wohlergehen der von Gewalt gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes betroffenen Familien.

Darüber hinaus war er ein Jahrzehnt lang stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes. Auch hier hat er sich herausragende Verdienste um die Vertretung der Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erworben. Intensiv begleitete er die Vorbereitung und Umset-

zung des Neuen Dienstrechts in Bayern.

Seit 2018 ist er außerdem stellvertretender Vorsitzender der Grundsatzkommission Europa des Deutschen Beamtenbundes. Die europäische Verständigung ist ihm ein Herzensanliegen. Daher ist er auch weiterhin für die gewerkschaftliche Vertretung der Bundesorganisation der DPoIG auf europäischer Ebene in Kooperation mit der Europäischen Polizeiunion aktiv.

Neben seinem herausragenden Engagement im Polizeibereich hat er sich auch in der örtlichen Kommunalpolitik hervorgetan.

Seit 1996 ist er Mitglied im Marktgemeinderat des Marktes Sparneck und war dort bis 2002 als Zweiter Bürgermeister tätig. Darüber hinaus war er bis 2015 als ehrenamtlicher Beisitzer am Verwaltungsgericht Ansbach tätig und wirkt seit 2016 als ehrenamtlicher Richter am Finanzgericht Nürnberg. ■



> Aus den Händen des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann erhält Hermann Benker seine Urkunde.

DPolG setzt sich erfolgreich ein

Strafbarkeit des Einschleusens von Minderjährigen auf dem Weg

Von Anja Ducklauß-Nitschke, 1. stellvertretende Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft

Im Dezember 2018 beschloss der Bundestag eine Gesetzesänderung bezüglich des Straftatbestandes des Einschleusens von Ausländern. Konkret ging es um den Straftatbestand des Einschleusens von Minderjährigen ohne Begleitung von Personenvorsorgeberechtigten. Aufgrund dieser Qualifizierung braucht es für die Begehung einer solchen Straftat nicht mehr das Tatbestandsmerkmal von „mehreren Personen“. Darüber hinaus führte die Gesetzesänderung zu einem höheren Strafmaß.

Trotz der Vorteile weist diese Qualifizierung der Straftat eine Rechtslücke auf. Voraussetzung der Straftat ist und bleibt die unerlaubte Einreise. Mit dem Beschluss des Bundesgerichtshofes Az. StR1-212/2018 vom 24. Oktober 2018 würdigte der BGH die mögliche vorsätzliche Begehung der unerlaubten Einreise von Minderjährigen in das Bundesgebiet und stellte Folgendes fest:

b) Das jugendliche – und erst recht ein geringeres – Alter und die Unreife des Haupttä-

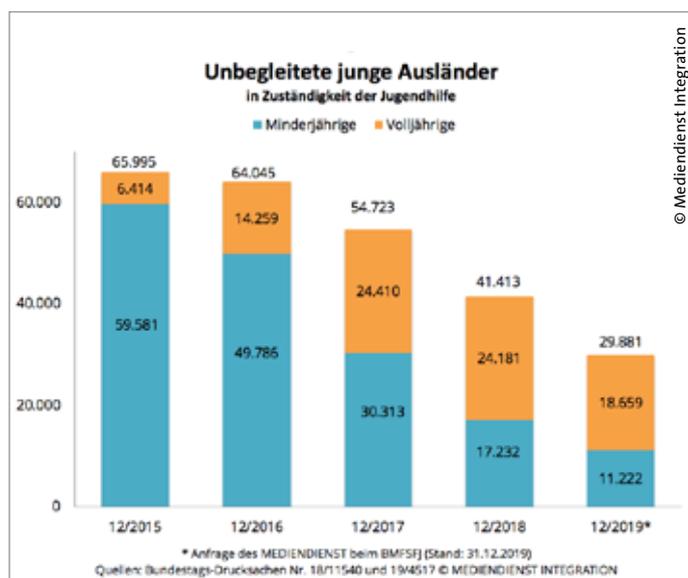
ters können gegen eine Vorsatztat sprechen (vgl. BGH, Urteile vom 13. Januar 2005 – 4 StR 469/04 juris Rn. 22 und vom 3. Februar 2005 – 4 StR 492/04, ZJJ 2005, 205; Brunner/Dölling, JGG, 13. Aufl., § 3 Rn. 19; Eisenberg, JGG, 20. Aufl., § 3 Rn. 31). (Quelle: Urteilsbegründung)

Auch die Wertungen von § 3 JGG, § 19 StGB sprechen dafür, den Tatvorsatz von Jugendlichen und erst recht von Kindern kritisch zu prüfen. Die pauschale Beweiswürdigung des Landgerichts, die allein auf der Kenntnis erwachsener Zeugen von fehlenden Pässen und Genehmigungen für die Einreise nach Deutschland und auf den inakzeptablen Transportbedingungen gründet, genügt daher für die minderjährigen Geschleusten den rechtlichen Anforderungen nicht. Bei Jugendlichen (§ 1 Abs. 2 JGG) liegt es zwar keineswegs fern, dass der subjektive Tatbestand der unerlaubten Einreise zu bejahen ist (vgl. auch BayObLG, Beschluss vom 31. März 2003 – 4 St RR 18/2003, NStZ-RR 2003, 275, 276). Der Tatrichter muss aber zumindest – was hier nicht geschehen ist – begründen, weshalb auch das ju-

gendliche Alter der ihm obliegenden Überzeugungsbildung nicht entgegensteht.

Weitergehende Anforderungen an die Beweiswürdigung sind bei den geschleusten Kindern zu stellen. Dass etwa sieben- oder achtjährige syrische und irakische Kinder, wie sie sich nach den Feststellungen des Landgerichts in den Fällen 1, 2 und 4 bis 6 der Urteilsgründe in den Transportfahrzeugen befanden, den Tatbestand der unerlaubten Einreise nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG vorsätzlich verwirklichen, bedarf näherer und individueller Begründung. Denn aufgrund ihres divergierenden Entwicklungsstands ist zweifelhaft, ob den Kindern schon das Passieren der Staatsgrenze der Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls aber der Umstand einer Schleusung bewusst war. Die vom Landgericht gezogenen Schlussfolgerungen gehen daher für den subjektiven Tatbestand der von ihm als Haupttäter angesehenen Kinder nicht über eine reine Vermutung hinaus.

Mit den Feststellungen des BGH wird der Gedanke der Strafverschärfung des § 96 AufenthG ad absurdum ge-





> Anja Ducklauß-Nitschke (1. stellvertretende Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft) führte Gespräche mit Stephan Mayer (Staatssekretär im Bundesinnenministerium)

führt. Ein Kind unter sieben Jahren, welches grundsätzlich als handlungsunfähig gilt, kann nicht unerlaubt einreisen, somit wird ein „Schleuser“, welcher ausschließlich Kinder unter sieben Jahren einschleust, nach der jetzigen Rechtsprechung und Darstellung des § 96 AufenthG für diesen Bereich straffrei bleiben. Selbst bei Einschleusungen von Minderjährigen im Alter von 7 bis 14 Jahren wird die Verfolgung dieser Straftat erschwert, da der Vorsatz der unerlaubten Einreise bei der Altersgruppe vorerst festgestellt werden muss.

Bundesinnenministerium will Rechtslücke beseitigen

Die 1. Stellvertretende Vorsitzende, Anja Ducklauß-Nitschke, führte am Rande der Sportlerehrung in der Bundespolizeisportschule Kienbaum im Oktober 2019 zu dieser Thematik bereits ein erstes Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär im BMI, Stephan Mayer (CSU), und leitete ihm sämtliche Problematiken zu dieser Thematik zu.

„Wir sind eine Polizeigewerkschaft“, so Anja Ducklauß-Nitschke, „und diese muss auch derartige Themen in die Politik bringen, um unsere Kollegen und Kolleginnen bei ihrem täglichen Dienst zu unter-

stützen, denn das Einschleusen von Minderjährigen darf nicht straffrei bleiben.“

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat sich mit Nachdruck für die Schließung beziehungsweise Beseitigung der Rechtslücke im § 96 AufenthG eingesetzt. In seinem Antwortschreiben an die Bundespolizeigewerkschaft vom 29. November 2019 schreibt Staatssekretär Stephan Mayer klar und deutlich: „Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nimmt die wirksame Durchsetzung der Strafvorschriften sehr ernst. Der Unrechtsgehalt der Schleusung von Minderjährigen bleibt jedoch nicht hinter dem Unrechtsgehalt der Schleusung von Erwachsenen zurück, sondern geht eher noch darüber hinaus. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird daher bei nächster Gelegenheit eine Gesetzesänderung einbringen, nach der auch das Einschleusen von Minderjährigen, unabhängig vom Vorsatz der geschleusten Minderjährigen, strafbar sein wird.“

„Wir freuen uns sehr über die tolle Zusammenarbeit und die schnelle Reaktion des BMI“, betont Anja Ducklauß-Nitschke. „Hier zeigt sich deutlich das Interesse des BMI an unserer Arbeit als Bundespolizei!“, so die Gewerkschaftsvice weiter. ■

Eine Woche in Davos

3* Hotel mit HP pro Person ab **€ 749**



Inklusive Fahrt mit dem Bernina Express.



Bernina Express und Glacier Express

Willkommen in Graubünden, der Heimat der beiden berühmtesten Panoramazüge Europas. Genießen Sie eine Woche im Luftkurort Davos mit individuellen Ausflügen und Wanderungen. Besuchen Sie die Bergmetropolen Arosa und St. Moritz, entdecken Sie die Via Mala Schlucht, bestaunen Sie den berühmten Landwasserviadukt oder wandern Sie zum türkisfarbenen Caumasee.

MANU ist Mehr Als Nur Urlaub.

Ihre MANU Inklusivleistungen

- ✓ 7 Nächte im Hotel mit Halbpension
- ✓ Alle Zimmer mit Bad oder Dusche/WC, TV, WLAN
- ✓ 6 Tage freie Fahrt mit der Rhätischen Bahn und PostAuto in ganz Graubünden (Wert ca. € 150)
- ✓ Eine Fahrt mit dem Panoramazug Bernina Express von Davos bis Tirano über den Albula- und Berninapass, Rückfahrt im Regelzug
- ✓ Freie Fahrt mit dem Nostalgiezug von Davos nach Filisur und zurück
- ✓ Ein Eintritt ins Bahnmuseum Albula in Bergün
- ✓ Eine Berg- und Talfahrt mit der historischen Standseilbahn auf die Schatzalp Davos
- ✓ urlaubsMANUskript mit Ausflugs- und Wandertipps für Ihre Ferienwoche



Glacier Express nur € 70

Ihre MANU Wunschleistung

Eine Fahrt im Panoramazug Glacier Express von Filisur bis Andermatt, Rückfahrt im Regelzug € 70 p. P.

Preise in € pro Person im Doppelzimmer				
3* Clubhotel ohne Balkon	749 A	774 B	799 C	824 D
3* Clubhotel mit Balkon	799 A	824 B	849 C	874 D
4* Turmhotel mit Balkon	899 A	924 B	949 C	974 D
EZ Zuschlag ab € 100 (Turmhotel € 150)				

Reisetermine 2020	
30.05. B	08.08. D
06.06. B	15.08. C
13.06. C	22.08. C
20.06. C	29.08. C
27.06. C	05.09. C
04.07. D	12.09. C
11.07. D	19.09. B
18.07. D	26.09. A
25.07. D	03.10. A
01.08. D	



Schnell buchen und bis 29.02.2020 pro Person **€ 50 sparen**
Gutschein Code DBB220

Verlängerungswoche 10% Preisvorteil + Getränkegutschein (Wert=CHF 50 p. P.)

... günstig und direkt beim Veranstalter buchen

☎ 0261-9836-4000

www.manu-touristik.com

Mo-Fr 8.00-12.00 Uhr | 13.30-17.00 Uhr (zum deutschen Festnetz Tarif). Änderungen vorbehalten. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters MANU Touristik GmbH, Commercialstrasse 20, CH-7000 Chur.

Die nächsten 5 Jahre werden spannend ...

Weichenstellung 2020–2025 – unter dieser Überschrift stand die 1. Bundesjugendkonferenz der JUNGEN POLIZEI im neuen Jahr 2020 in der dbb akademie in Königswinter.

Am ersten Tag befassten sich die gewerkschaftlichen Spitzenvertreterinnen und -vertreter der Nachwuchsorganisation der Deutschen Polizeigewerkschaft insbesondere mit dem im Mai 2020 stattfindenden Bundeskongress der DPoIG. Anlässlich dessen wird nicht nur die gewerkschaftliche Führung gewählt, vielmehr wird die inhaltliche Ausrichtung, der ROTE FADEN für die Funktionsträger der DPoIG, für die nächsten fünf Jahre bis 2025 auf Bundesebene beschlossen.



Die Teilnehmenden der Bundesjugendkonferenz besuchten das Haus der Geschichte in Bonn.

Die nächsten fünf Jahre sind für die Polizei und für die Berufsvertretungen enorm wichtig. Neben dem omnipräsenten Thema der Digitalisierung bestimmt der gesellschaftliche Wandel als globales Thema sowohl das polizeiliche als auch gewerkschaftliche Wirken, so der Bundesjugendleiter der Deutschen Polizeigewerkschaft, Michael Haug.

Neuer Straftatbestand der Beleidigung, § 185 a StGB, sowie Erhellung des Dunkelfeldes

Wir müssen uns die Frage stellen und Lösungen finden, wie wir und insbesondere die Gesellschaft und der Rechtsstaat künftig mit der Verrohung der Sprache und der steigenden Gewaltbereitschaft umgehen. Die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, gegen Vertreter und Repräsentanten des Staates ist längst an der Tagesordnung und nicht die Ausnahme.

Als eine mögliche Lösung sehen wir hierfür die Einführung des neuen Straftatbestandes § 185 a StGB, welcher Beschäf-

tigte im öffentlichen Dienst sowie Vertreter und Repräsentanten des Staates besonders berücksichtigt und vor Beleidigungen, bei erhöhter Strafanandrohung des § 185 StGB schützt, wozu wir einen Antrag einbringen werden. Darüber hinaus sei es aber auch unabdingbar, das Dunkelfeld im Bereich der Straftaten gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst aufzuhellen und hier Kennzahlen einzuführen, welche statistisch ausgewertet werden können, so Haug weiter.

Die DPoIG als Mitmach-Gewerkschaft!

So wie viele andere Institutionen auch werden sich natürlich die Gewerkschaften mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen auseinandersetzen haben. Die Kommunikation findet rund um die Uhr und direkt untereinander statt, Informationen sind jederzeit und weltweit abrufbar, Aktionen können jederzeit blitzschnell geplant und durchgeführt werden; Aufrufe erreichen online riesige Personenkreise. Die Entwicklung der DPoIG in den vergangenen Jahren war rasant und

positiv, Zigtausende junge Menschen haben den Weg zu uns gefunden, die JUNGE POLIZEI ist eine stark wachsende Vertretung innerhalb der DPoIG. Der Mitgliederzuwachs hält an, die Gründe dafür sind vielfältig.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt zeigte sich angesichts der Erfolgsbilanz dankbar und gleichzeitig optimistisch für die Zukunft: „Die JUNGE POLIZEI hat unsere volle Unterstützung, auch und gerade wenn es darum geht, moderne Zukunftsmodelle für die gewerkschaftliche Arbeit zu entwerfen. Wir haben als DPoIG schon die richtige Richtung eingeschlagen, viele Mitglieder auch in der aktiven Mitarbeit zu begeistern, das wollen wir weiter verstärken. Bundesleitung und Bundesvorstand sind beispielsweise sehr begeistert vom Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen, sei es in der Mitgliederbetreuung bei Großveranstaltungen oder in den Fachkommissionen, in denen sie ihre fachliche Expertise für die DPoIG einbringen!“

Die JUNGE POLIZEI will auch neue Formen gewerkschaftli-

cher Betätigung entwickeln, denn junge Frauen und Männer bringen glücklicherweise auch viele neue frische Ideen und Vorstellungen ein, die möglichst umgesetzt werden sollen. Moderne und blitzschnelle Kommunikation, die direkt mit unseren Mitgliedern stattfindet, kann dazu dienen, die vielen unterschiedlichen Fähigkeiten, Kompetenzen und Neigungen direkt in gewerkschaftliche Arbeit einzubringen und für die Vertretung unserer Interessen nutzbar zu machen. Da tun sich viele Möglichkeiten auf, die wir nutzen wollen, um unsere Kolleginnen und Kollegen nicht nur als Mitglieder zu gewinnen, sondern ihnen Gelegenheit zum aktiven Mitmachen in der DPoIG zu geben.

Ein Blick auf die Bundesjugendkonferenz

Nach dem umfangreichen und arbeitsintensiven ersten Tag der Bundesjugendkonferenz, bei welcher bis kurz nach 22 Uhr im Tagungsraum getagt wurde, ehe man den Abend ausklingen ließ, ging es nach einem interessanten Bericht von Liv Grolik, unserer stellvertretenden Bundesjugendleiterin der dbb jugend, sowie dem DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt in die ehemalige Bundeshauptstadt nach Bonn.

Um die Köpfe der fleißigen Teilnehmer frei zu bekommen, gestaltete die Bundesjugendleitung eine sogenannte aktive Mittagspause. Diese fand im Museum „Haus der Geschichte“ in Bonn statt. Das Haus der Geschichte bietet neben einigen wechselnden Ausstellungen, die Dauerausstellung „Unsere Geschichte – Deutschland seit 1945“ an. In dieser geht es um die Zeit nach dem 2. Weltkrieg und den Wiederaufbau der Bundesrepublik, bis zur heutigen Zeit. Die Reaktionen der Teilnehmer waren durchaus po-

sitiv, und in einer nicht museumstypischen Atmosphäre konnten sich alle, teilweise interaktiv, einen Einblick in den Wandel der Politik und Gesellschaft unserer Bundesrepublik verschaffen. Das Haus der Geschichte ist definitiv einen Besuch wert.

Denn nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft besser machen.

Ähnlich arbeitsintensiv wie am ersten Tag ging es nach der Rückkehr von Bonn am Abend weiter. In mehreren Arbeitsgruppen wurden zum einen die Inhalte der Mitte des Jahres 2020 neu erscheinenden Homepage der JUNGEN POLIZEI, zum anderen neue Inhalte für die DPoIG-App bis um 22.30 Uhr erarbeitet. Auf diese Ar-

beitsergebnisse, insbesondere die weiteren Themenfelder in der DPoIG-App dürft ihr schon jetzt gespannt sein.

Den letzten Tag der Bundesjugendkonferenz nutzten die Teilnehmer dazu, die bevorstehenden polizeilichen Großereignisse aus gewerkschaftlicher Sicht zu besprechen, Einsatzkräftebetreuungen zu planen und neue Ansätze zu diskutieren.

Abschließend lässt sich sagen, dass jedes Jahr aufs Neue die Motivation der Teilnehmer bei einer Bundesjugendkonferenz nicht nachlässt. Nicht nur bei denen, die das erste Mal dabei sind, sondern auch bei denen, die man quasi schon als „alte Hasen“ bezeichnen kann. Dafür gebührt euch allen Dank,



> Bundesvorsitzender Rainer Wendt im Kreis der JUNGEN POLIZEI in Königswinter

denn nur mit unseren vielen ehrenamtlich aktiven Mitgliedern, kann die Gewerkschaftsarbeit funktionieren.

Falls du auch mal an einer Bundesjugendkonferenz teilnehmen möchtest, melde dich bei

deinem Landesverband oder bei der Bundespolizeigewerkschaft.

*Michael Haug,
Bundesjugendleiter, und
Behnam Teimouri
Hashtgerdi (Berlin)*

DPoIG-Spitze und Bundesinnenminister Seehofer im Gespräch

Gemeinsam für die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage

Am Rande der dbb Jahrestagung in Köln am 6. und 7. Januar 2020 sprach die DPoIG-Spitze mit Bundesinnenminister Horst Seehofer über aktuelle innenpolitische Fragen. Im Zentrum stand die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage. Bisher gilt diese nur für die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Bayern hatte sie nie abgeschlossen.

Die DPoIG-Vertreter betonten einmal mehr, dass die Ruhegehaltfähigkeit zu einem Gesamtpaket einer angemessenen

Alimentation ohne Wenn und Aber dazugehört. Die besonderen körperlichen und psychischen Belastungen des

Polizeivollzugsdienstes wirken bis in den Pensionszeitraum nach und müssen dementsprechend finanziell berücksichtigt werden. Die DPoIG wird deshalb nicht lockerlassen, wenn es darum geht, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage bundesweit (wieder)einzuführen. Der Bundesinnenminister be-

kannte sich dazu, diese Forderung zu unterstützen. Er werde mit Tatkraft daran mitwirken, andere Verantwortliche im politischen Raum von diesem Ansinnen zu überzeugen. Polizistinnen und Polizisten haben jede Unterstützung und Rückendeckung durch die Politik und vom Dienstherrn verdient, so Seehofer. ■



> Bundesinnenminister Horst Seehofer im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz



> ... mit den Mitgliedern der Bundesleitung Wolfgang Ladebeck, Michael Hinrichsen und Ralf Kusterer und der Delegation aus Baden-Württemberg



> ... mit DPoIG-Bundesvorsitzendem Rainer Wendt (links) und dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach (rechts)

Leipzig als Mahnung

DPoIG: Gewalttätigen Linksextremismus nicht unterschätzen!

Blitzschnell war die Eskalation da; verletzte Einsatzkräfte, ein Kollege bewusstlos und brutale Attacken linker Krawallmacher registrierte eine schockierte Öffentlichkeit in der Silvesternacht im Leipziger Stadtteil Connewitz, der immer wieder von sich reden macht, wenn es um Ausschreitungen linker, gewaltbereiter Gruppen geht. Aber auch das ist die Wahrheit: Es war keine „Leipziger Silvesternacht“, in vielen deutschen Städten griffen Kriminelle die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr an, bedrohten und verletzten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen.

Ein würdeloser politischer Streit folgte den Ereignissen in der sächsischen Metropole; allen Ernstes wurde darüber diskutiert, ob es von Belang ist, wie schwer ein Kollege verletzt worden war, ob es eine „Notoperation“ oder „sofort erforderliche Operation“ war. Andere folgten einem altbekannten Reflex, wonach die Polizei die Verursacherin der Eskalation gewesen sein könnte. Immerhin gilt es in manchen Kreisen als ausgemachte Provokation, wenn Einsatzkräfte der Polizei mit Schutzhelm und Schutzkleidung in den Einsatz gehen, wieder andere sehen schon in der Anwesenheit der Polizei im

öffentlichen Raum die Legitimation für Gewalt.

Aber es gab auch positive Beispiele, so der bayerische Innenminister Joachim Herrmann und sein sächsischer Kollege Roland Wöllner, die sich sofort schützend vor die Einsatzkräfte stellten und die Gewalt verurteilten.

Der Staat ist gefordert

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt machte gegenüber Medienvertretern klar:

„Diese Gewalttaten, die sich konkret gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gerichtet haben und bei denen sogar der Tod billigend in Kauf genommen wurde, sind unerträglich und keinesfalls zu akzeptieren. Diese Attacken offenbaren klar die Handschrift linksextremer Kreise und erinnern in Zielsetzung und Ausführung fatal an die Ausbildung linksterroristischer Strukturen in den 70er-Jahren. Der Staat muss dem schnell und konsequent Einhalt gebieten. Dazu gehört auch, dass Politiker aller Parteien sich konsequent von jeglicher Gewalt gegen die Polizei distanzieren. Es ist unfassbar, dass Politiker der Linkspartei und andere es hier an Klarheit mangeln lassen.“



Die DPoIG-Landesvorsitzende von Sachsen, Cathleen Martin, sieht die Stadt Leipzig und das Land Sachsen in der Pflicht, noch stärker gegen derartige linksextremistische Gewalttäter vorzugehen. „Solche Ausschreitungen wie jetzt in Leipzig beobachten wir leider nicht zum ersten Mal. Wir müssen deshalb aufpassen und die drohende Entstehung linksterroristischer Netzwerke, die unseren Staat bedrohen, schnellstmöglich unterbinden. Sonst wird das Ausmaß von Gewalt in unserer Gesellschaft nicht mehr nur die Polizei betreffen, sondern auch andere wichtige Kräfte des Staates wie Rettungskräfte, Lehrer oder Feuerwehrleute zunehmend treffen. Vielerorts ist dies schon der Fall und alle demokratischen und rechtsstaatlich gesinnten Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, dem Einhalt zu gebieten.“

Linksextremistisch motivierte Straftaten (1)

Gewalttaten	2017	2018
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	3	0
Körperverletzungen	499	363
Brandstiftungen	145	108
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	5	1
Landfriedensbruch	784	90
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	63	48
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	12	19
Erpressung	2	4
Widerstandsdelikte	135	376
gesamt	1.648	1.010
Sachbeschädigungen	3.190	2.219
Nötigung/Bedrohung	80	71
Andere Straftaten	1.475	1.322
gesamt	4.745	3.612
Straftaten insgesamt	6.393	4.622

Tabelle „Linksextremistisch motivierte Straftaten 2017/2018“
(1) Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z. B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

„Internationale Polizeiliche Beziehungen“ an der Deutschen Hochschule der Polizei

■ Politische Grundentscheidungen

Als Meilenstein für die Anerkennung und die weitere Ausgestaltung der Polizeimissionen ist der am 23. September 2016 vom Deutschen Bundestag (Drucksache 18/9662) beschlossene Antrag „Deutsches Engagement beim Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in internationalen Friedensmissionen stärken und ausbauen“ zu werten. Der von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam eingebrachte Antrag würdigt das bisherige Engagement deutscher Polizeibeamtinnen und -beamte in Friedensmissionen für den Aufbau rechtstaatlicher Strukturen, fordert aber zugleich ein stärkeres personelles Engagement, insbesondere in Friedensmissionen der Vereinten Nationen. In seinem Beschluss betont der Deutsche Bundestag, dass Auslandseinsätze der Polizei eine gemeinsame Aufgabe der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und der Länderpolizeien seien und fordert die Bundesregierung auf, „eine Bund-Länder Vereinbarung zur Verbesserung der rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten zu schließen, die der außenpolitischen Verantwortung des Bundes angemessen Rechnung trägt“. Der Bundestag hält darüber hinaus Verbesserungen, unter anderem in den Bereichen

- > Missionsvorbereitung,
- > Besetzung von Führungsfunktionen in Missionen,
- > Gewinnung von Spezialisten,
- > Anpassung des Dienstrechtes des Bundes und der Länder für Auslandsmissionen,

- > Gewinnung von mehr Polizistinnen für Auslandsmissionen

für erforderlich. Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Missionsvorbereitung setzte sich der Bundestag auch für die Einrichtung eines Fachgebietes für internationale Polizeimissionen an der Deutschen Hochschule der Polizei ein. Mit dem im September 2016 verabschiedeten Antrag wurde die Grundlage für eine substantielle Verbesserung der deutschen Beteiligung mit Polizeibeamtinnen und -beamte an internationalen Friedensmissionen gelegt, nicht zuletzt durch die Absicht, regelmäßig im Deutschen Bundestag eine „prominente Debatte“ über die vorzulegenden Berichte der Bundesregierung zu führen.

Damit wurde eine insgesamt hoffnungsfrohe Perspektive für das Engagement in Friedensmissionen eröffnet. Allerdings enthielt der Beschluss

die Formulierung „fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf“ und damit eine restriktive Kostenregelung, an der einige der Vorschläge zu scheitern drohten. Nach großem Engagement einiger Parlamentarier und des Bundesinnenministeriums wurde für die Einrichtung eines Fachgebietes an der Deutschen Hochschule der Polizei eine Lösung gefunden, die allerdings zeitlich befristet ist.

Mit auf fünf Jahre befristeten Projektmitteln des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat konnte der Bundestagsbeschluss mittlerweile umgesetzt werden. Der Deutschen Hochschule der Polizei wurden die erforderlichen Haushaltsmittel für die Personalausstattung zugewiesen. Das Fachgebiet wurde am 1. Januar 2018 eingerichtet. Seit Beginn des Jahres 2019 arbeitet das Fachgebiet „Internationale Polizeiliche Beziehungen“ mit der vorgesehenen Personalausstattung.

tionale Polizeiliche Beziehungen“ mit der vorgesehenen Personalausstattung.

■ Ausbildung

Der im Zuge deutscher außen- und sicherheitspolitischer Strategien stattfindende Ausbau polizeilicher internationaler Zusammenarbeit und des Engagements im Bereich Krisenprävention und Konfliktresolution stellt die Polizei nicht nur vor personelle und organisatorische Herausforderungen, sondern erfordert auch, den polizeilichen Aus- und Fortbildungsbereich anzupassen und korrelierende Forschungsinitiativen zu initiieren.

Die Zielstellung des FG IPB ist daher, internationale polizeiliche Bezüge vermehrt in die Ausbildung des höheren polizeivollzuglichen Dienstes zu integrieren. Dieses Vorhaben wird momentan im Rahmen der Neustrukturierung des in-



> Die Operation Poseidon leistet Unterstützung bei der Grenzüberwachung in Griechenland

ternationalen Moduls 10 (Die Praxis europäischer und internationaler Zusammenarbeit) des Masterstudiengangs „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ umgesetzt. Kernstruktur der Ausbildungsangebote stellt der enge Bezug zum polizeilichen Berufsfeld dar. Darüber hinaus sollen die Studierenden die Möglichkeit bekommen, ihr Interesse an internationalen Bezügen in einem Wahlpflichtmodul (Sicherheitsarchitektur und Polizei) und darauf aufbauend in ihrer Masterarbeit zu vertiefen.

Mit dem neuen Fach soll die internationale Qualifikation für angehende Führungskräfte der Polizei verbessert, die Bewerbungschancen für internationale Verwendungen erhöht und somit die Wirkungen deutscher Polizeifachlichkeit auf internationaler polizeilicher Ebene durch die Besetzung von Führungsfunktionen gesteigert werden.

Die didaktische Aufbereitung von Auslandserfahrungen und die Rezeption eben dieser Erfahrungen durch die Studierenden sowie die spätere Nutzung des vermittelten Wissens in der beruflichen Praxis soll dazu beitragen, dass die Polizeiorganisation den Auslandseinsatz sowie die Sekundierung von



© Frontex (3)

➤ **Praktische Zusammenarbeit:** Bei der Frontex-Mission Minerva 2018 unterstützten deutsche Kolleginnen und Kollegen die spanischen Kollegen bei Grenzkontrollen in Häfen, in denen Fähren aus Marokko ankamen.

Polizeibeamtinnen und -beamte nachhaltiger in personalpolitische, organisatorische und strategische Abläufe integrieren kann. Langfristig könnten diese Umsetzungen auf der Ausbildungsebene zu einer stärkeren Internationalisierung der deutschen Polizei, insbesondere auf der Führungsebene beitragen.

➤ **Fortbildung**

Im Bereich der Fortbildung werden an der DHPol die be-

reits im Dienst befindlichen Führungskräfte der Polizeien von Bund und Ländern durch ein umfangreiches, an den aktuellen Erkenntnis- und Handlungsbedürfnissen ausgerichtetes Seminarangebot der jeweiligen FG fortgebildet. In diesem Bereich wird das neu eingerichtete FG IPB Formate entwickeln, die sich schwerpunktmäßig an den internationalen und europäischen Verwendungen und Verwendungsmöglichkeiten deutscher, aber auch europäischer und internationaler PVB ausrichten.

Dazu werden Arbeitstagen, Workshops, Führungskräfte-Trainings und Seminare beispielsweise zu Themen wie Joint Investigation Teams, IPM, Europol, Interpol, Frontex, OSZE und UN entwickelt und durchgeführt. Ergänzt wird dieses Angebot durch zu entwickelnde Fortbildungsformate im Rahmen der europäischen polizeilichen Fortbildungseinrichtungen. So werden beispielsweise im Auftrag der EU-Agentur für das Training von Strafverfolgungsbeamten (CEPOL) Fortbildungskurse in den Themenfeldern Führung von Polizeieinsätzen im Aus-

land, Vorbereitung für internationale Polizeimissionen und auch entsprechende Train-the-Trainer-Kurse entwickelt, angeboten und durchgeführt.

Darüber hinaus wird gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt im Rahmen der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe ein zweimoduliges und zertifiziertes Internationales Polizeiliches Führungskräfte-Training durchgeführt, an dem polizeiliche Führungskräfte aus arabischen, nordafrikanischen und afrikanischen Staaten teilnehmen.

Perspektivisch strebt das FG IPB an, bereits etablierte europäische und internationale Fortbildungsmodulare für die strategische Führungsebene nationaler, europäischer und internationaler Polizeiführungskräfte wie die International Police Advisors Masterclass, den High Level Course des European Security and Defense College und den United Nations Police Commander Course an der DHPol auszurichten.

*Fachgebiet II.6,
Internationale Polizeiliche
Beziehungen, Deutsche
Hochschule der Polizei*



➤ Die Sicherheit an den EU-Außengrenzen wird zukünftig eine noch stärkere Rolle spielen.

Senioren-Fachseminar im dbb Bildungszentrum Königswinter

Erbrecht, Vollmachten, Patientenverfügung, Pflege

Insgesamt 100 DPoLG-Senioren und -Senioren haben seit der satzungsrechtlichen Gründung der DPoLG-Bundesseniorenvertretung im April 2015 fünf Seminare mit der angeführten Thematik durchlaufen. Auch das 5. Seminar, das wiederum in Kooperation mit der dbb akademie in der Zeit vom 5. bis 7. Dezember 2019 im dbb Bildungszentrum Königswinter-Thomasberg durchgeführt wurde, ließ keine Erwartung unerfüllt, keine Frage offen. Erneut ein voller Erfolg, für den in erster Linie die Referentin, RAin Nina Ahrend aus Köln mit ihrem Praxiswissen und ihrer hervorragenden Rhetorik steht.

Für den scheidenden Bundesseiniorenbeauftragten und Seminarleiter Gerhard Vogler, der wie schon vor fünf Jahren bei seiner Wahl angekündigt hat, beim Bundeskongress im Mai dieses Jahres nicht mehr für dieses Amt kandidieren wird, war und ist diese Seminarreihe einer der wichtigsten Erfolge der Institution „Bundesseniorenvertretung“ in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens.

Eine derart lebensnahe Fortbildung zu all den Fragen, die im Lebensbereich gerade der älteren Mitglieder auftauchen, ist in dieser Gründlichkeit und Tiefe anerkanntermaßen beispielgebend. Es bleibt für die Refe-

rentin Zeit, alle auftauchenden Fragen und die oftmals individuellen Problemstellungen gründlich zu erörtern und zu klären.

Einmalig auch: Für unsere Mitglieder im Pensions-/Rentenalter waren diese Seminare bei äußerst komfortabler Unterkunft und Verpflegung ohne jede finanzielle Selbstbeteiligung, also vollumfänglich kostenlos. Sogar einen großzügigen Zuschuss zu den Reisekosten haben wir übernommen. Ja, unsere Seniorinnen und Senioren sind uns wichtig und nach meist jahrzehntelanger treuer Mitgliedschaft auch wert.

Ob dies alles so weitergeht? Jedenfalls ist für den 26. bis 28. November 2020 ein weiteres „Seniorensseminar“ im dbb Bildungszentrum Königswinter fest gebucht.

Die Thematik muss der beziehungsweise die neu zu wählende(r) Seniorenbeauftragte(r) und der geschäftsführende Vorstand festlegen sowie die Kostenfrage im Benehmen mit der Bundesleitung nach den Wahlen im Mai klären.

Also aufgepasst! Die Seminaranschreibung ist für die Septemberausgabe des POLIZEISPIEGELS vorgemerkt. ■

> Urlaubsangebote

Ihr Inserat kommt im Rahmen des Platzangebots zum Abdruck. Bitte beachten Sie:

1. **Keine gewerblichen** Inserate. **Wir behalten uns Kürzungen vor.**
2. Ihre Zusendung muss mit **Schreibmaschine/PC** geschrieben sein und Ihren Namen mit Anschrift enthalten. Kein Fax! Bitte benutzen Sie das Internet/E-Mail.
3. Umfang: max. 190 Buchstaben (30 Buchstaben i. Überschrift, 160 Buchstaben i. Text)
4. Kosten: 20,- €; Rechnung abwarten!

E-Mail: dpolg@dbb.de

REDAKTION POLIZEISPIEGEL, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin

Mittlerer Schwarzwald

*** – ***** Exkl. einger.
Komfort-Fewos/Fhaus, 50–160 m², ab 45 €/Tag, viele interessante Ausflugsmöglichkeiten. u. Natur pur. Machen Sie sich ein Bild unter www.Mittelschwarzwald.de Sie werden begeistert sein.
Tel.: 07823.96565;
(Fam. Schäfer)
E-Mail: Info@Mittelschwarzwald.de

Lago Maggiore/Italien

FeWo in Tronzano (Ostufer) a. Rande des Tessin, 3 km hinter CH-Grenze. 3 Zi., Kü., Bad, Balkon, 65 m² (4 Pers.), Seeblick. 320 €/Wo. + Endr.
Tel.: 07660.576
E-Mail: kurtbohl@gmx.de

Mallorca – Cala Millor –

Komfortable FeWo in neuer Anlage; 62 m² im EG; Terrasse 85 m²; Pool; 300 m z. Strand; ruhig gelegen; ab 70 € p. T., Oster- und Sommerferien 2020 teilweise noch frei. Infos unter www.calamillor.biz oder Tel.: 0177.1752159

FH am Wittensee, SH/Ostseenähe

Gemütl. Holzferienhaus mit Seezugang, herrl. Garten, Kanu/Fahrrad. 2 SZ (3 + 2), max. 5 Pers. Küche (inkl. Geschirrsp./MW), Bad, Kamin. Ab 70 €/Nacht.
Tel.: 0176.20284339,
E-Mail: dgossel@gmx.de

Veröffentlichung in Die POLIZEI

Polizeiarbeit der Zukunft: Der Auftrag des Grundgesetzes bleibt unser Maßstab!

„Das Schutzversprechen des Staates aus Art. 1 des Grundgesetzes ist die Grundlage für das staatliche Monopol zur Anwendung rechtsstaatlicher Zwangsmittel.“ DPOlG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt beschreibt in einer Veröffentlichung in der Zeitschrift „Die POLIZEI“ (Ausgabe 12/2019) die Herausforderungen der Polizeiarbeit in der Zukunft. Digitalisierung, terroristische Bedrohungen, Organisierte Kriminalität, Cyberkriminalität sind dabei nur einige Stichworte, denen sich Rainer

Wendt widmet. Damit einhergehen Modernisierung und Flexibilisierung unserer Mobilität im Straßenverkehr und umfangreiche gesellschaftliche Entwicklungen, die der Polizei auch in der Zukunft zu schaffen machen werden. Begleiterscheinungen von Zuwanderung, abnehmender Respekt und zunehmender Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Beschäftigte werden die Bewältigung nicht einfacher machen.

Der gesamte Artikel unter:
www.dpolg.de



Einfach Urlaub,
weil ich hier in
den Alpen hoch
hinaus wandern
und im Pool
entspannen kann.

Jetzt **Sommerurlaub**
buchen unter **040 300322-500**
oder auf **aja.de**

* Reisezeitraum 01. April 2020 bis 31. März 2021. Auf Anfrage und nach Verfügbarkeit, Einzelzimmer-, Weekend-, Kategorie- und saisonale Aufschläge, nicht kombinierbar mit anderen Angeboten. Besondere Buchungsbedingungen.
a-ja Resort und Hotel GmbH · Lange Straße 1a · 18055 Rostock · aja.de



aja.de/sommer

SUPER-
FRÜHBUCHER:

30%
RABATT
pro Zimmer/
Nacht*

**SOMMER-
URLAUB**
bis zum
16.02.2020
buchen



VORGESTELLT

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dieser Ausgabe Ihrer Mitgliederzeitschrift POLIZEISPIEGEL wechselt die Schriftleitung des Fachteils in neue Hände. Die Bundesleitung der DPoIG hat mir diese verantwortungsvolle Aufgabe angeboten, weil man mir zutraut, Ihre Mitgliederzeitschrift mit für Sie interessanten fachlichen Inhalten zu füllen. Ich habe diese Aufgabe gerne angenommen, weil es mich reizt, das erreichte hohe fachliche Niveau dieser führenden Zeitschrift in der Polizei in Deutschland auch in Zukunft nicht nur zu halten, sondern die Zeitschrift für Sie als unsere Leser fachlich noch ansprechender zu gestalten.

Für diese Aufgabe bringe ich meine Erfahrungen aus 25 Jahren Tätigkeit als Hochschullehrer für Verkehrsrecht an der Hochschule der Sächsischen Polizei ebenso mit ein wie meine beruflichen Ausbildungen als niedersächsischer Polizist und Volljurist.

Als ebenso nützlich werden sich auch meine publizistischen Kenntnisse erweisen, die ich seit 1991 in der Zusammenarbeit im Team mit diversen Verlagen, Lektoren, Redaktionen und Autoren sammeln durfte. In unserer DPoIG bin ich seit Jahren fest verankert in deren Fachkommission Verkehr.

Zudem arbeite ich für meine Kolleginnen und Kollegen ehrenamtlich ohne Freistellung als Mitglied des Polizei-Hauptpersonalrates im Freistaat Sachsen.

All das werde ich in die Waagschale werfen, damit Sie, liebe Leserinnen und Leser, weiterhin eine auch fachlich attrak-

tive Zeitschrift in den Händen halten, die Ihre praktischen Erfahrungen aus der Polizeiorganisation und besonders aus dem polizeilichen Berufsalltag widerspiegelt. Diese Nähe zu polizeilicher Basis und Denken ist nach meiner Auffassung das Herz dieser Zeitschrift.

Sie sollen sich in den behandelten Themen nicht nur wiederfinden, sondern auch Anregungen zum Mitdenken und zur Fortentwicklung unserer deutschen Polizei von der Schutzpolizei über die Kriminalpolizei, die Bereitschaftspolizei und bis hin zur Bundespolizei und dem BKA erhalten. Dabei wünsche ich mir einen konstruktiv-kritischen Austausch mit Ihnen, in dem Sie auch uns als Redaktionsteam anregen und fordern. Denn von konstruktiver Kritik lebt eine Organisation wie die Polizei, die als hierarchisches System schon historisch bedingt strukturell auf Kritik von innen und außen angewiesen ist. Schon heute freue ich mich auf Ihre Fachbeiträge, die Sie mir gerne ab sofort unter meiner Redaktionsmail **redaktion.polizeispiegel@ivvbautzen.de** übersenden können.

Dabei bin ich mir durchaus bewusst, dass die Polizei innenpolitisch immer auf einem schmalen Grat wandert, der einerseits dringend der Bürgernähe bedarf, andererseits aber stets an Gesetz und Recht gebunden ist, das gerade dann nicht jedem Bürger gefällt, wenn es ihm gegenüber mittels Eingriffsnormen angewandt werden muss.

Dieser Dreh- und Angelpunkt polizeilicher Tätigkeit und ihres Selbstverständnisses ist verankert im Koordinatensystem des Rechtsstaates, seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung, aber auch der kritischen Begleitung durch die Öffentlichkeit als „vierte Gewalt“ und der Zusammenarbeit mit vielen BOS- und anderen Organisationen.

Dieses komplexe Aufgabenprogramm erfordert eine interdisziplinäre Begleitung und eine prinzipielle Offenheit ihrer Spitzenbeamten und verantwortlichen Innenpolitiker in den Innenministerien von Bund und Ländern, an der wir auch weiterhin gerne mitwirken möchten. Im Zentrum



> Prof. Dr. Dieter Müller

auch des Fachteils dieser Zeitschrift stehen aber unsere Mitglieder, die sich im täglichen Dienst immer wieder bewähren müssen und dafür Unterstützung in jeglicher Form erhalten sollten, insbesondere durch ihre DPoIG und eben auch durch ihre Mitgliederzeitschrift.

Sie sehen, ich ziehe den fachlichen Kreis dieser Zeitschrift weit und Sie dürfen mich in einigen Jahren gerne daran messen, ob dieser weite Ansatz richtig war oder ob ich mich auf einem Irrweg befunden habe. Eines ist jedenfalls gewiss: Sie, unsere Leserinnen und Leser, sind die wichtigsten Personen, denen unsere Arbeit gilt. Sie müssen mit dem zufrieden sein, was Sie hier lesen und diese Aufgabe nehme ich gerne an.

Mit den besten Grüßen

Ihr Prof. Dr. Dieter Müller

Impressum:

Redaktion:
Prof. Dr. jur. Dieter Müller
Dr.-Peter-Jordan-Straße 42
D-02625 Bautzen
Tel.: 03591.326250
Mail: redaktion.polizeispiegel@ivvbautzen.de

Vorschau zum 58. Deutschen Verkehrsgerichtstag 2020 vom 29. bis 31. Januar 2020

Von Prof. Dr. Dieter Müller, Bautzen

Der diesjährige Verkehrsgerichtstag (VGT) findet zu einer verkehrspolitisch bewegten Zeit statt. Insbesondere die beiden Themen „StVO-Reform“ und „Reform des Sanktionenrechts“ bewegen die Fachleute, aber auch die Verkehrsteilnehmer und werden daher oftmals von den Medien aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet.

Zu einem der beiden Themen, nämlich dem Bußgeldverfahren, gibt es einen Arbeitskreis. Das jedoch die Autofahrer derzeit am meisten bewegende Thema eines generellen Tempolimits auf Autobahnen wird auf dem Verkehrsgerichtstag wegen seiner verkehrspolitischen Brisanz zwar nicht behandelt, geistert aber dennoch permanent durch die Medien. Immerhin konnte als Eröffnungsdiskussion kein Geringerer als der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, Cem Özdemir, gewonnen werden, was für den Beginn der Veranstaltung – angesichts der bundespolitischen Verhältnisse und seiner Verortung in der Opposition – eine gewisse

verkehrspolitische Brisanz verleiht.

■ Überblick über die polizeirelevanten Themen

Insgesamt gibt es in diesem Jahr lediglich drei Arbeitskreise, die für Polizeibeamte und die Polizeiorganisation potenziell von fachlichem Interesse sind:¹

- Arbeitskreis III – Aggressivität im Straßenverkehr
- Arbeitskreis IV – Praxistauglichkeit des Bußgeldverfahrens
- Arbeitskreis V – Elektrokleinstfahrzeuge

■ Zur Diskussion

Der Verkehrsgerichtstag beschäftigt sich in diesem Jahr einmal mehr mit brisanten Themen, zu deren öffentlicher

¹ Die Übersicht über die Themen der Arbeitskreise sowie die Besetzung der jeweiligen Fachreferenten und erste Fachinformationen zu den streitigen Diskussionspunkten sind bereits vorab nachzulesen auf der Webseite des Deutschen Verkehrsgerichtstages unter der Adresse: <https://www.deutscher-verkehrsgerichtstag.de/>.



➢ Kaiserpfalz Goslar

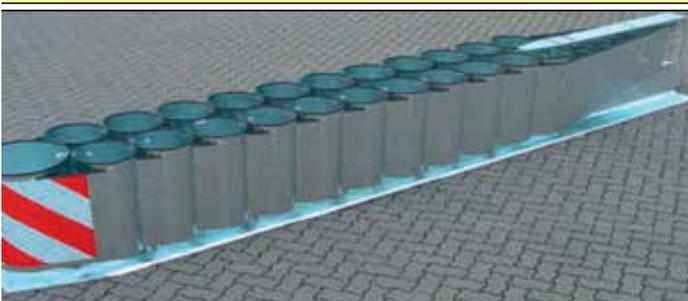
© privat, D. Müller

Diskussion unbedingt auf eine Verschärfung der Debatte zu dringen ist. Genau dazu könnten Verkehrsgerichtstage regelmäßig einen unverzichtbaren Beitrag leisten, wenn es den Organisatoren gelingt, eine Themenpalette zusammenzustellen, die die Belange der Verkehrssicherheit optimal berücksichtigt. Wünschenswert ist dieser Spitzenveranstaltung des deutschen Verkehrsrechts mit alljährlich circa 2 000 Teilnehmern aus circa zehn Staaten nämlich immer, dass ein Verkehrsgerichtstag gleichzeitig auch ein Verkehrssicherheitstag wäre. Das aber würde nur dann gelingen,

wenn im Vorfeld – die Themen werden jeweils bereits im Frühjahr des vorangehenden Jahres gesetzt – nicht nur Verkehrssicherheitsthemen, sondern auch aussagekräftige Referenten ausgewählt würden. Leider befindet sich im Vorbereitungsgremium seit einigen Jahren kein Polizeibeamter, was ein deutliches fachliches Manko aus Sicht einer der größten Teilnehmergruppen des VGT bedeutet. Die ausgewählten Themen sollten Magneten sein, um Teilnehmer für die Arbeitskreise zu gewinnen.

Je weniger Arbeitskreise aber polizeirelevant sind, umso

Anpralldämpfer VECU-STOP® M vorübergehend installiert



Anpralldämpfer VECU-STOP® – VS dauerhaft installiert



0780

SPS-Schutzplanken GmbH
 Hinterm Waldcasino 1
 D-63762 Großostheim/
 OT Ringheim

Tel. +49 (0) 6026-991 67 11
 Fax +49 (0) 6026-991 67 12
 info@sps-schutzplanken.de
 www.sps-schutzplanken.de

weniger Polizeibeamte werden sich auf die beschwerliche Dienstreise nach Goslar machen, die nicht immer von Vorgesetzten ideell gefördert wird. Schließlich ist der polizeiliche Nutzen begrenzt, wenn – wie in den vergangenen Jahren oft der Fall – kaum zählbare Erfolge für die polizeiliche Praxis herauspringen.

Nun noch ein Wort zur Auswahl der Fachreferenten. Einzig im Arbeitskreis III² ist ein polizeilicher Referent zu einem Sicherheitsthema des Straßenverkehrsrechts zu erleben, während im gerade aufkeimenden Problemthema der Elektrokleinstfahrzeuge (AK V), das nach den ersten Erfahrungen insbesondere ein Thema der Verkehrsüberwachung, aber auch der Verkehrsunfall-

aufnahme ist, kein Polizeibeamter als Referent platziert wurde. Leider ist es dem VGT in diesem Jahr weder gelungen, einen Referenten aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zu gewinnen, noch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) für einen Referenten zu einem polizeilichen Thema zu begeistern. Einen Vertreter eines Innenministeriums eines Bundeslandes sucht man ebenfalls vergebens. Der bereits ausgedünnte rote Faden zur Exekutive und damit zur praktischen Verkehrspolitik droht damit vollends zu reißen.

Sämtliche Feststellungen und Empfehlungen der Arbeitskreise, die in einem demokratischen Verfahren mit Stimmenmehrheit der zahlenden Teilnehmer gewonnen werden, stehen unter dem Vorbehalt der Kenntnisnahme durch die angesprochenen Adressaten

aus den drei Staatsgewalten. Es handelt sich dabei stets nur um einen begrenzten Dialog, der allenfalls dadurch fruchtbar gefördert werden könnte, dass die angesprochenen Ministerien wenigstens aussagekräftige Referenten entsenden, die mit dem Plaket amtlischer Seite Stellung beziehen dürfen, wenn sie auch – wie das Beispiel aus dem Arbeitskreis Alkoloock des letztjährigen VGT 2019 beweist – nicht immer ohne Maulkorb sprechen dürfen.

Ob die getroffenen Empfehlungen dann allerdings auch den erfolgreichen Gang in die Gesetzgebung, Rechtsprechung oder wenigstens in einschlägige Verwaltungsvorschriften finden werden, dürfte – wie immer – in vielen Fällen zu bezweifeln sein, was bei den zahlreichen standespolitisch und lobbyistisch gefärbten Empfehlungen der letzten Jahre aus Sicht der Verkehrssicher-

heit befremdlich war. Es bleibt daher wieder einmal nur abzuwarten, inwiefern insbesondere das BMVI sowie das BMJV auf die Anregungen des Expertengremiums reagieren – öffentliche Stellungnahmen der beiden entscheidenden Spitzengremien der Exekutive zu den Beschlüssen gibt es jedenfalls nie, wohl auch deswegen, weil man es sich mit regelmäßig rund 2 000 Experten nicht endgültig verscherzen möchte.

Diese – zugegeben eher skeptische – Vorausschau sollte jedoch keinen beruflich mit Verkehrssicherheitsthemen beschäftigten Polizeibeamten davon abhalten, sich für den anstehenden VGT anzumelden; denn sonst ginge der ohnehin sehr beschränkte Einfluss der Polizei auf die Veranstaltung vollends verloren und es bliebe nur die Position eines stillen und passiven Beobachters, eine Rolle, die der Polizei so gar nicht liegt. ■

² Dass bereits der gleichnamige Arbeitskreis III des 51. VGT im Jahr 2012 unter genau derselben Problemstellung diskutierte, beweist, wie mühsam und langatmig die verkehrspolitische Diskussion verläuft, man könnte auch sagen, dass sie seither ohne wirksame Impulse auf der Stelle tritt.



© privat, D. Müller

Vorschau zum Europäischen Polizeikongress 2020 am 4. und 5. Februar 2020

Von Prof. Dr. Dieter Müller, Bautzen

Der Europäische Polizeikongress (EPK) findet alljährlich zu Beginn des Monats Februar im Berliner Kongresszentrum statt. Der EPK ist der größte Sicherheitskongress in der EU und wird vom „Behörden Spiegel“ veranstaltet.

Die DPoIG ist seit einigen Jahren Ausrichter eines Arbeitskreises mit Themen der verkehrspolizeilichen Arbeit/Verkehrssicherheitsarbeit. Zudem ist die DPoIG in jedem Jahr mit einem Stand vertreten, der von den Mitarbeiterinnen

> EPK 2019

des Berliner Büros der Bundesleitung betreut wird.

Der EPK ist allein schon für den fachlichen kollegialen Austausch eine (Dienst-)Reise wert.

Das Generalthema 2020 und die Teilnehmer

Das diesjährige Generalthema lautet „Rechtsstaat durchsetzen“. Es könnte das Thema jedes Polizeikongresses sein, so treffend beschreibt es, worauf es der Polizeiorganisation und ihren Bediensteten im Ergebnis ankommen sollte. Es beschreibt aber auch in diesen beiden Worten die Fehleranfälligkeit des Systems „Rechtsstaat“, das direkt im Grundgesetz verankert ist, aber von allen drei Staatsgewalten praktisch gelebt und umgesetzt werden muss. Der Kreis der Teil-

nehmer rekrutiert sich aus Polizeibeamten sämtlicher Bundesländer sowie des Bundes und aus allen Laufbahnen.

Der EPK ist dabei der Kongress mit der größten Dichte an polizeilichen und innenpolitischen Entscheidungsträgern des höheren Dienstes. Zudem ist der EPK international, das heißt, die Teilnehmer stammen aus zahlreichen Staaten der EU und darüber hinaus.

Festlicher Auftakt ist immer der Vorabendempfang in der rumänischen Botschaft, der allerdings aufgrund der räumlichen Grenzen ausschließlich geladenen Gästen vorbehalten bleibt.

Zur Diskussion

Der EPK wird an den beiden Veranstaltungstagen alljährlich

von circa 1 800 Teilnehmern besucht.

Sie besuchen das Plenum, in dem die „großen“ Themen von hochkarätigen Referenten aus Innenpolitik und Ministerien präsentiert werden, aber auch die zahlreichen Arbeitskreise, in denen verschiedene Spezialthemen vertieft werden.

Entscheidend ist jedoch, was in den vielen persönlichen Gesprächen hinter den Kulissen, außerhalb des Plenums und der Arbeitskreise sowie am Abend außerhalb der Räumlichkeiten des EPK stattfindet. Dort bildet man sich seine Meinung und trifft Vorentscheidungen.

Ein Höhepunkt des EPK ist auch der „Zukunftspreis“.

Mit dieser Ehrung werden fachlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten aus dem Polizeibereich (Bachelor-, Master- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen) durch eine hochrangig besetzte Fachjury prämiert.

Der Teilnehmerbeitrag ist mit ermäßigten 80 Euro für Organisationsangehörige, inklusive Verpflegung und Tagungsunterlagen sowie einem Abonnement der Zeitschrift Behörden Spiegel, absolut moderat.

Der persönliche Erkenntnisgewinn ist aber nur dann groß, wenn man sich auch für die vielen möglichen Blicke über den Tellerrand öffnet, und noch größer, wenn man dazu bereit ist, aktiv teilzunehmen und nicht nur zu konsumieren.

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Das Wichtigste für 2020! Hier steht's drin!

Der Inhalt im Überblick:

- Beamtenstatusgesetz
- Bundesbeamtengesetz
- Bundeslaufbahnverordnung
- Besoldungs- und Versorgungsrecht des Bundes
- aktuelle Besoldungstabellen für den Bund und die Postnachfolgeunternehmen
- TVöD, TV-L, TVÜ-Bund, TVÜ-VKA, TVÜ-Länder

Was Sie davon haben:

Das aktuelle Standardwerk in Status-, Einkommens- und Versorgungsfragen für den öffentlichen Dienst des Bundes: Gesetze und Verordnungen auf dem neuesten Stand, teilweise mit Rechtsprechung und Anmerkungen; abgerundet durch die Adressen der dbb Mitgliedsgewerkschaften und der Einrichtungen des dbb.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.

NEUERSCHEINUNG



2020

Handbuch für den öffentlichen Dienst in Deutschland



ca. 764 Seiten

€ 23,90*/Abo: 19,50** je Exemplar

ISBN 978-3-87863-087-6

* inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung

** Mindestlaufzeit 2 Jahre, Kündigung bis zum 01.12. des jeweiligen Jahres möglich



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
Telefon: 030.7261917-23
Telefax: 030.7261917-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de
Internet: www.dbbverlag.de
Onlineshop: shop.dbbverlag.de

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Handbuch für den öffentlichen Dienst in Deutschland 2020« (€ 23,90 je Exemplar inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung)
- Abonnement (€ 19,50 je Exemplar inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung, Mindestlaufzeit 2 Jahre, Kündigung bis zum 01.12. des jeweiligen Jahres möglich)
- Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de.

Werbearbeitung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die dbb verlag gmbh über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift

Aufgeklappte Ladeflächentüren bei Anhängern (geöffnete Heckportaltüren)

Von Dr. jur. Adolf Rebler, Maxhütte-Haidhof*

Verschiedentlich begegnen einem Lkw mit geöffneten und zur Seite geklappten Hecktüren, die lange, über die Ladefläche hinausragende Ladungsteile (etwa Balken, Eisenträger) transportieren. Ist dies – wenn die Vorschriften über den Ladungsüberhang eingehalten sind – zulässig?

Die StVO erlaubt es, dass Ladung nach hinten bis zu drei Meter (bei einer Entfernung von mehr als 100 Kilometer 1,50 Meter) über das Fahrzeug hinausragt, wenn eine Gesamtlänge von 20,75 Meter nicht überschritten wird (§ 22 Abs. 4 StVO).

Spediteure machen von dieser Möglichkeit oft Gebrauch, indem sie die Heckportaltüren eines (Sattel-)Anhängers (Koffleranhänger) zur Seite hin aufklappen und mit Spanngurten an den Längsseiten befestigen.

Das hat zur Folge, dass die gesetzlich vorgegebene Breite von 2,55 Meter (§ 32 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StVZO) – wenn auch nur um wenige Zentimeter – überschritten wird.

* Adolf Rebler ist Referent für Straßenverkehrsrecht bei der Regierung der Oberpfalz in Regensburg und neben Werner Bachmeier und Dieter Müller Mitherausgeber des Großkommentars zum Straßenverkehrsrecht im Luchterhand Verlag (Verlagshaus Wolters Kluwer).

Ist dies zulässig beziehungsweise kann hierfür eine Ausnahmegenehmigung (§ 70 StVZO) erteilt werden?

Hier ist zunächst zu beachten, dass es sich bei den fraglichen Anhängern um „Massenprodukte“ also zuhauf auftretende (können). Massenphänomene müssen rechtlich aber – aus Gründen der Gleichbehandlung und der Verhältnismäßigkeit – rechtlich durch eine (abstrakt-generelle) Norm behandelt werden und dürfen nicht der Einzelentscheidung durch Verwaltungsakt überlassen werden. Bereits der Gedanke spricht dagegen, dass hier die Ausnahmegenehmigung das richtige verwaltungsrechtliche Instrument ist: Es handelt sich nämlich um keinen Sonderfall (Einzelfall oder Härtefall), der eine spezielle Behandlung nötig macht.

Vor allem aber ist § 32 Abs. 1 Satz 2 StVZO in den Blick zu nehmen: Dort hat der Ordnungsgeber Fälle geringer Breitenüberschreitung geregelt, die seiner Ansicht nach zulässig sind, etwa den Fall der Ladebrücke in Fahrtstellung oder Einrichtungen zur Sicherung der Plane.

Aufgeklappte Portaltüren hat er jedenfalls nicht genannt.



Aus diesem beredten Schweigen des Ordnungsgebers ist zu schließen, dass er aufgeklappte Heckportaltüren ganz einfach nicht für zulässig erachtet.

In vielen Fällen werden auch (weitere technische) Gründe gegen das Öffnen der Heckportaltüren sprechen: Nicht immer ist beispielsweise sichergestellt, dass bei geöffneten Türen die notwendige statische Stabilität des Aufbaus auch weiterhin besteht.

Des Weiteren bestehen erhebliche Zweifel daran, ob die Befestigung mit Spanngurten in jedem Fall dem beim Gütertransport stets zu erwartenden „Stand der Technik“ entspricht.

Verschiedentlich wird auch noch auf die Bestimmung des

§ 35 e Abs. 4 StVZO hingewiesen, nach der „Türen“ während der Fahrt stets geschlossen sein müssen.

Bei Heckportaltüren von Anhängern handelt es sich jedoch nicht um „Türen“ im Sinne der Regelung. Das ergibt sich zum einen daraus, dass der Abschluss eines Koffleranhängers nicht unbedingt durch nach außen schwenkbare „Türflügel“ gebildet werden muss, sondern zum Beispiel auch durch einen „Rollladen“ oder durch eine Plane, die bei einem Ladungsüberhang nach oben hin geöffnet werden können. Vor allem aber ergibt sich eine einschränkende Auslegung aus Sinn und Zweck der Regelung.

Die Vorschrift wurde nämlich geschaffen, „weil wiederholt Fahrgäste aus fahrenden Fahrzeugen gefallen sind“.¹ Eine Tür im Sinne der Regelung ist also eine verschließbare Öffnung zu einem Fahrgastraum. § 35 e Abs. 4 StVZO stünde dem Öffnen einer „Ladeflächenabschlusseinrichtung“ also nicht entgegen.

Wer mit geöffneten Hecktüren fährt, begeht in der abschließenden Bewertung eine Ordnungswidrigkeit nach § 24 StVG, § 68 Abs. 3 Nr. 2 StVZO, die mit einem Punkt und einer Geldbuße von 60 Euro geahndet werden kann (TB-Nr. 332600; 192 BKat).

¹ Floegel/Hartung, Straßenverkehrsrecht, 18. Auflage 1969, § 35 e StVZO Rdnr. 1.

Neujahrsempfang des Bundespräsidenten Das Klima des Hasses bekämpfen

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat beim Neujahrsempfang am 9. Januar 2020 im Schloss Bellevue in Berlin mehr gegenseitigen Respekt in der Gesellschaft eingefordert und Übergriffe gegen öffentlich Bedienstete verurteilt.

Vor Repräsentanten des öffentlichen Lebens sowie rund 70 Bürgerinnen und Bürgern, die sich um das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben, hatte Steinmeier an „alle Demokratischen und Demokraten in Politik und Gesellschaft“ appelliert: „Wenn Angehörige von Polizei, Rettungsdiensten, wenn sogar Bedienstete im öffentlichen Nahverkehr, wenn Bürgermeisterinnen, Bürgermeister oder Gemeinderäte heute angefeindet, bedroht oder sogar körperlich angegriffen werden, dann geht das uns alle an. Dann dürfen wir darüber nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist die

Aufgabe von Politik, Polizei und Justiz, auch und gerade diejenigen zu schützen, die sich in öffentlichen Ämtern für unser Gemeinwesen engagieren.“ Aber es sei auch unsere Aufgabe als Bürgerinnen und Bürger, gegen ein Klima des Hasses und der Menschenverachtung zu kämpfen, „gegen ein Klima, in dem demokratisches Engagement nicht mehr gedeihen kann. Wir müssen unsere Stimme erheben, wann immer Menschen im öffentlichen Leben herabgewürdigt, beleidigt oder bespuckt werden, ganz egal, aus welchen Motiven Hass und Hetze sich speisen.“



> dbb Chef Ulrich Silberbach mit der Gattin des Bundespräsidenten Elke Bündenbender und dem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

„Frank-Walter Steinmeier hat völlig recht und unsere nachhaltige Unterstützung, wenn er sich für mehr Respekt in der Gesellschaft und gegen die Verhöhnung der Sitten, gegen Beschimpfungen und Tätlichkeiten gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausspricht“, erklärte dbb Chef Ulrich Silberbach am Rande des Neujahrsempfangs des Bundespräsidenten in Berlin.

Silberbach mahnte in diesem Zusammenhang erneut eine konsequente Strafverfolgung und generelle Meldepflicht für Gewaltdelikte gegenüber öf-

fentlich Bediensteten an: „Wir brauchen endlich verlässliche Daten und konkrete Taten. Bei Gewaltdelikten sollten Arbeitgeber und Dienstherrn konsequent und ohne jede Bagatellogrenze Strafanzeige stellen, um die Betroffenen zu schützen.“ Ein Einstellen des Verfahrens wegen nicht vorhandenem öffentlichen Interesse dürfe es künftig nicht mehr geben, „denn wenn ein Repräsentant des Staates verbal oder physisch angegriffen wird, ist dies per se bereits von öffentlichem Interesse. Außerdem brauchen wir ein zentrales Melderegister für Übergriffe auf öffentlich Bedienstete.“

Öffentlichen Dienst stärken Nicht jeder Bademeister muss Beamter sein

Der öffentliche Dienst muss gestärkt werden – auch durch mehr Verbeamtungen. Das gelte jedoch nicht für alle Bereiche, so dbb Chef Ulrich Silberbach im Interview mit der Rheinischen Post (Ausgabe vom 4. Januar 2020).

Gerade in der Bildung und bei der Inneren Sicherheit müsse es beispielsweise wieder mehr Beamtinnen und Beamte geben, sagte Silberbach, stellte aber gleichzeitig klar: „Nicht jeder Bademeister muss gleich Beamter sein.“ Insgesamt sei es wichtig, den Trend zur Privatisierung grundsätzlich zu stoppen und in einigen Fällen auch umzukehren. So seien etwa die Arbeitsverhältnisse an den Sicherheitskontrollen der Flughäfen „unverantwortlich, wenn man sich ansieht, was für eine wich-

tige Aufgabe das ist. Das ist eine Tätigkeit, die man ganz klar wieder komplett zurückholen muss in den öffentlichen Dienst.“ Auch in anderen Bereichen, so der dbb Bundesvorsitzende, müsse der Staat seiner Verantwortung wieder besser gerecht werden, etwa bei den Lebensmittelkontrollen. „Es ist doch keinem Menschen zu erklären, dass Ministerin Julia Klöckner sich hinstellt und sagt, wegen des Personalmangels müssen wir die Proben halbieren. Ein fatales Signal an die Bürger.“

Um den öffentlichen Dienst zu stärken und flächendeckend personell aufzustocken, dürfe der Staat sich nicht weiter kapputtsparen. „Wir sind in einer Nullzinsphase. Wer jetzt kein Geld in die Hand nimmt, um Deutschland durch Investitionen zukunftssicher zu machen, handelt kurzsichtig“, machte Silberbach deutlich. Das werde er Bund und Kommunen auch bei den diesjährigen Tarifverhandlungen mit auf den Weg geben. „Wir werden uns nicht mit den sehr moderaten Tarif-

abschlüssen der vergangenen Jahre zufriedengeben. Wir müssen Anschluss halten“, sagte der dbb Chef mit Blick auf die Gehälter in der Privatwirtschaft. „Ich bin da Realist. Der Lohnabstand wird nie ganz verschwinden. Aber wir verspielen leichtfertig Chancen: Die jungen Menschen sind keine Nullbock-Generation, sondern engagiert und im öffentlichen Dienst können sie sich für das Gemeinwohl einsetzen.“

Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der gemeinnützigen Digitalisierungsinitiative D21

Digitalisierung braucht Überzeugung

dbb magazin

In welchen Teilbereichen wird denn heute schon mit Algorithmen in der Verwaltung gearbeitet? Gibt es Best-Practice-Beispiele?

Lena-Sophie Müller

Überall, wo es Computer gibt, wird mit Algorithmen gearbeitet. Ein Algorithmus ist zunächst eine Anweisung zur Verarbeitung bestimmter Arbeitsschritte. Auf diesen Prinzipien beruhen alle Software-Produkte. Da seit Langem verschiedene Software in der Verwaltung eingesetzt wird, wird genau genommen auch schon lange mit Algorithmen gearbeitet.

Es entstehen jedoch immer komplexere algorithmische Systeme, die auch als „Künstliche Intelligenz (KI)“ bezeichnet werden. So werden in einem Projekt mit Unterstützung des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) im Saarland Anträge zur Eingliederungshilfe vorsortiert. Dabei können auch handschriftliche Eintragungen automatisiert erkannt werden. Die Stadt Kiel setzt einen Behörden-Chatbot ein, der die oft gestellten Fragen nach Öffnungszeiten oder benötigten Anträgen beantwortet. Eine erste vollautomatisierte Lösung verwendet die Stadt Aachen bei der Beantragung von Bewohnerparkausweisen. Nach Prüfung der entsprechenden Kriterien wird der Parkausweis direkt vom System generiert, ohne dass ein Mensch involviert ist. Ein selbstlernendes System hat beispielsweise das BAMF im Einsatz: Dort analysiert eine KI den Inhalt der eingehenden Dokumente und sortiert sie in die entsprechenden digitalen Akten. Macht das System Fehler, wird das Dokument händisch in die richtige Akte



> Lena-Sophie Müller

© Torben Köster

verschoben. Daraus lernt das System.

Im föderalen Deutschland entstehen gerade digitale Labs in fast jeder Stadt. Die Kommunikation zwischen den Bundesländern ist allerdings oft ausbaufähig. Wie sehen Sie diese Entwicklung: Betreibt die Republik hier gerade digitale Flickschusterei oder entsteht dabei ein intelligenter Schwarm?

Es bedarf einer bundesweiten, interoperablen Basisinfrastruktur, wie dem Personalausweis oder grundsätzlich Dienste zur Identifikation bei der Nutzung digitaler Behördendienstleistungen, auf der weitere Dienste aufbauen können. Denn in

jedem Landkreis gibt es unterschiedliche Voraussetzungen, Menschen und Bedarfe. Labs dienen als Ort, um regionale Erfahrungen zu sammeln, weiterzugeben und auch mit der Bevölkerung und den Fachkräften vor Ort in den Austausch zu kommen, denn das Rad muss nicht ständig neu erfunden werden. Erst dann kann vom intelligenten Schwarm geredet werden. Für das flächendeckende Gelingen einer digitalen Verwaltung ist es also essenziell, digitale Kompetenzen in den Verwaltungen aufzubauen, um lokal bestehende Fachkompetenzen einbringen und interdisziplinär an den Fragestellungen arbeiten zu können.

In Ihrem Denkpuls gehen Sie von vier Personengruppen aus, die für die Konzeption und Anwendung von Algorithmen zuständig sind: Entscheidende, gestaltende, nutzende und prüfende Personen. Ist diese strikte Unterscheidung trotz Personalmangels im öffentlichen Dienst in der Realität umsetzbar?

Zunächst müssen wir uns klarmachen, die Digitalisierung verändert bestehende Strukturen, auch in der Verwaltung. Zum einen werden hier neue technische Möglichkeiten zunehmend implementiert, weil sie Abläufe einfacher, effizienter und nachhaltiger gestalten können. Zum anderen fordern Bürgerinnen und Bürger einen modernen

und unkomplizierten Zugang zu Informationen und Diensten. Hier liegt neben aller Anstrengung auch eine große Chance, aktuellen Schwierigkeiten wie dem Personalmangel mit neuen, technischen Mitteln zu begegnen und als Arbeitgeber attraktiver zu werden. Abläufe und Prozesse, aber auch Arbeitsfelder und Rollen müssen, konstruktiv betrachtet, neu bewertet und verbessert werden.

Die Unterscheidungen in den Denkpulsen beziehen sich auf Rollen und vorhandene Akteursgruppen, die bei der Gestaltung algorithmischer Systeme zusammenarbeiten sollen. Auf die Verwaltung übertragen bedeutet dies, entscheidende Personen sind für die Vergabe von Aufträgen für IT-Dienstleistungen zuständig. Für eine gute Entscheidung benötigen sie einen engen Austausch mit Fach- und IT-Abteilungen, also den gestaltenden Personen, und einen Blick für die Nutzenden. Nutzende Personen können sowohl Mitarbeitende der Verwaltung sein, die beispielsweise ein bestimmtes Programm zur Datenerfassung verwenden, oder auch Bürger(innen), die Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen. Prüfende Personen können zum Beispiel in der IT arbeiten oder Gleichstellungsbeauftragte sein, die im Planungsprozess Kriterien wie Barrierefreiheit oder Datenschutz einbringen. Es geht um Verständnis für diese unterschiedlichen Rollen und darum, eine abteilungsübergreifende Arbeit zu ermöglichen.

Welche Voraussetzungen können Behördenmitarbeiter und Führungskräfte schaffen, um die Implementierung von Algorithmen zu ermöglichen oder zu erleichtern?

Die Verwaltung arbeitet meist seit vielen Jahrzehnten mit ähnlichen Abläufen und auch ähnlichen Mitteln. Damit wirkt sie mitunter aus der Zeit gefallen und der Druck zur umfassenden Modernisierung nimmt

zu. Scheinbar ist das Problem nicht, dass dafür zu wenig Geld zur Verfügung steht. Aber zu wenig Personal, hoher Aufgabendruck und auch mangelnde Digitalkompetenzen sind immer wieder genannte Hürden.

Wir stellen fest, dass es für eine gelungene Digitalisierung auch Überzeugung braucht. Große Veränderungen können verunsichern und viele Menschen sehen zunächst schlicht keinen Nutzen in neuen technischen Möglichkeiten. Die Aufgabe von Führungskräften ist, das Potenzial des Einsatzes digitaler Technologien für den eigenen Bereich zu identifizieren, zu verstehen und in ihr Haus zu tragen. Wer wäre gegen Unterstützung durch eine nachvollziehbare KI, wenn sie Anträge blitzschnell auswerten und Antragsstellende automatisiert darüber informieren würde, dass noch Angaben oder Informationen fehlen, Mitarbeitende somit von Routinearbeit entlastet werden würden? Neben Infrastruktur und Schulungen braucht es also auch eine neue Kultur, in der Veränderungen positiv aufgefasst und vermittelt, positive Effekte deutlich gemacht werden.

Algorithmen müssen immer wieder auf ihre Wirksamkeit, Zielgenauigkeit hin überprüft werden. Gleichzeitig darf durch diese Systeme niemand diskriminiert werden. Welche Rolle nehmen Beschäftigte bei der Überprüfung dieser Kriterien ein?

Beschäftigte können gemäß der vorgestellten Akteursgruppen unterschiedliche Rollen einnehmen. In der Führungsebene entscheiden sie über die Zielvorgaben bei Neuentwicklungen, den Kontext des Einsatzortes sowie die Einbettung in Weiterbildungsmaßnahmen. IT-Fachkräfte können zum Beispiel für die technische Prüfung von Funktionstüchtigkeit, Nutzungsfreundlichkeit und Sicherheit zuständig sein oder auch die Auswahl eines repräsentativen Datensets. Als Nutzende sollten

Beschäftigte ihre Wünsche und Bedenken rückmelden können. Alle Rollen müssen entsprechend klar zugeteilt und die Verantwortlichen für die Aufgaben geschult und eingewiesen sein. Neben der klaren Rollenverteilung ist auch der stete Dialog, also die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit wichtig.

Ohne ein enormes Maß an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden gerade ältere Beschäftigte kein Verständnis für die Funktionsweise von Algorithmen entwickeln können. Wie kann es gelingen, sich die dafür nötigen Freiräume zu schaffen?

Ein erster Hebel für mehr Digitalkompetenzen sind die Ausbildungswege. Diese müssen konsequent auf die Kompetenzprofile hin ausgerichtet werden, die in den nächsten Jahren gebraucht werden. So wird sichergestellt, dass neue und modern ausgebildete Fachkräfte in die Behörden gelangen. Über Tandem-Verfahren und hierarchieübergreifende Zusammenarbeit kann spezifisches Wissen weitergegeben werden. Ein zweiter Hebel sind die von Ihnen angesprochenen Fort- und Weiterbildungen. Ohne sie geht es heute nicht mehr. Da sich heute vieles im steten Wandel befindet, müssen wir uns immer wieder weiter- und fortbilden, ein ganzes Leben lang. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen übrigens eher als Privileg denn als Belastung.

Wir empfehlen Arbeitgeber(innen), die strategische Weiterbildung und Motivation zum lebenslangen Lernen zum definierten Ziel einer Strategie „Digitaler Unternehmensverantwortung“ zu machen. Das gilt auch für Behördenleitende. Sie können so die Herausforderungen einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt gemeinsam mit ihren Mitarbeitenden meistern. Dazu braucht es systematische und individualisier-

te Maßnahmen, um insbesondere die weniger digitalaffinen Mitarbeitenden zu erreichen.

Sie werben für eine offene Fehlerkultur etwa innerhalb einer Behörde. Wie geht das einher mit dem Anspruch der Bevölkerung an den Staat, fehlerfreie Daseinsvorsorge zu betreiben? Muss in einigen Bereichen, wie etwa der inneren Sicherheit oder im Rechtswesen, eine genaue Prüfung vor der Implementierung potenziell fehlerhafter Produkte stattfinden?

In unseren Denkpulsen beschreiben wir, dass fehlerfrei nicht möglich ist. Fehler passieren überall. Je früher sie jedoch im Verfahren entdeckt werden, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zu einem falschen Ergebnis beim Abschluss eines Verfahrens führen. Aber genauso wichtig ist die regelmäßige Überprüfung nach Implementierung durch verschiedene Akteure und der Wille zur nachträglichen Verbesserung. Eine offene Fehlerkultur bedeutet ja, dass offen, transparent und konstruktiv mit Fehlern, Fehlerrisiken und Fehlerfolgen umgegangen wird. Wichtig ist, dass sie erkannt und bei Schwierigkeiten oder Fehlern zügig und sinnvoll gehandelt wird. ■

> Initiative D21

D21 ist das größte gemeinnützige Netzwerk für die Digitale Gesellschaft in Deutschland. Es wurde 1999 mit dem Ziel gegründet, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Fachleute aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft beschäftigen sich im Auftrag von Wirtschaft und öffentlicher Hand mit den gesellschaftlichen Herausforderungen im digitalen Wandel. Mit jährlich publizierten Lagebildern soll der Diskurs in Gang gehalten werden, wie die Zukunft der Digitalen Gesellschaft sinnvoll gestaltet werden kann.

Neues Berufsbildungsgesetz in Kraft

Ein Anfang ist gemacht

Seit 1. Januar 2020 ist das neue Berufsbildungsgesetz (BBiG) in Kraft. Die Gesetzesnovelle sichert nach Auffassung von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek die Fachkräfteausbildung in Deutschland. Die Entscheidung zwischen beruflicher Aus- und Fortbildung oder Studium sei ab sofort keine Frage eines Mehr oder Weniger, sondern die Wahl zwischen zwei gleichwertigen Wegen zum beruflichen Erfolg. Vertreter der dbb jugend sehen indes Nachbesserungsbedarf.

dbbj.de

Das Potenzial unserer Beschäftigten fördern und dabei ihre Vorbildung berücksichtigen – hier sehe ich Nachholbedarf im öffentlichen Dienst!

dbbjugend
beamtendenbund
und tarifunion

#zukunftsberufsbildung

> Lena Keim, Landesjugendleiterin der dbb jugend bayern

Zentrales Element der BBiG-Novelle ist die Einführung transparenter Fortbildungsstufen für die höherqualifizierenden Berufsberatung. Abschlüsse sollen künftig die Bezeichnungen „Geprüfte/r Berufsspezialist(in)“, „Bachelor Professional“ oder „Master Professional“ tragen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher Fortbildung und Studium wird dadurch verdeutlicht. Weil die Bezeichnungen international verständlich sind, fördern sie die Mobilität

für berufliche Aufsteigerinnen und Aufsteiger.

Ein anderer wichtiger Bestandteil der BBiG-Novelle ist die Einführung einer ausbalancierten Mindestausbildungsvergütung von zunächst 515 Euro im ersten Lehrjahr. „Mit der Mindestvergütung setzen wir dort an, wo es keine Tarifbindung Mindestvergütung und neue Abschlüsse gibt. Sie hält Maß und Mitte, schafft Transparenz und steigert die Attraktivität. Das ist

dbbj.de

Die Erweiterung der Teilzeitmöglichkeiten in der Ausbildung ist wichtig. Allerdings ist der Einigungsverbehalt eher ein Teilzeitkiller. Hier muss nachgebessert werden.

dbbjugend
beamtendenbund
und tarifunion

#zukunftsberufsbildung

> Christian Bürger, Vorsitzender der dbb jugend thüringen

auch dort besonders wichtig, wo Fachkräftenachwuchs dringend gesucht wird. Mit jedem Ausbildungsjahr erhalten die Auszubildenden etwas mehr, da sie mit jedem Jahr mehr lernen und damit mehr für den Betrieb leisten“, erläuterte die Bundesbildungsministerin.

halb der beruflichen Bildung sowie verbesserte Bestimmungen für rechtsbeständige und hochwertige Prüfungen. Verfahren sollen vereinfacht, Bürokratie abgebaut werden.

> **Gute Ansätze, aber auch Fragezeichen**

Weitere Schwerpunkte der Novelle sind erweiterte Möglichkeiten der Teilzeitberufsausbildung, Regelungen für eine größere Durchlässigkeit inner-

Gute Ansätze, aber auch Fragezeichen sieht dbb Vize Jürgen Böhm bei der Ende November 2019 nach Beratung des Bundesrates beschlossenen Geset-

dbbj.de

Der öffentliche Dienst muss für Azubis attraktiver werden. Nur so kann er künftig die Leistung erbringen, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten. Das neue BBiG kann hierfür nur ein Anfang sein. Wer Champions League will, darf nicht Kreisklasse bieten!

dbbjugend
beamtendenbund
und tarifunion

#zukunftsberufsbildung

> Moritz Pelzer, Landesjugendleiter dbb jugend nrw

Kredite

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Exklusivzins sein, gilt!

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PangV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

zesnovelle „Wir unterstützen grundsätzlich alle Bemühungen, die darauf abzielen, die berufliche Bildung zu stärken. Wir stehen auch für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung“, betonte Böhm, „Ob aber die neuen Abschlussbezeichnungen, ins-

besondere ‚Bachelor Professional‘ und ‚Master Professional‘, der richtige Weg sind, versehen wir mit einem Fragezeichen.“ Zum einen werde die starke Anlehnung an die Abschlussbezeichnungen der akademischen Bildung für Verwirrung sorgen und zum

dbbj.de

Die Mindestausbildungsvergütung war längst überfällig, aber von 515 € können sich Auszubildende wohl kaum, eine Wohnung und notwendige Lebenshaltungskosten leisten.

Im öffentlichen Dienst sieht es da schon besser aus, doch auch hier gilt: Wer die Besten will, muss auch entsprechend zahlen.

#zukunftberufsbildung

dbbjugend beamtenbund und tarifunion

> Karoline Herrmann, Bundesvorsitzende dbb jugend

dbbj.de

Mit einer Schmalspurausbildung wird kein junger Mensch nach seinem Schulabschluss motiviert einen Beruf zu erlernen.

Die Inhalte müssen moderner werden und vor allem Perspektiven und Chancen bieten.

#zukunftberufsbildung

dbbjugend beamtenbund und tarifunion

> Franziska Pudlich, Vorsitzende der GDL-Jugend

anderen sei damit keine größere Durchlässigkeit zwischen beiden Systemen verbunden – obwohl es erklärtes Ziel der Reform ist, die Attraktivität der dualen Ausbildung insgesamt zu stärken, sie zum Studium wettbewerbsfähiger zu machen und so

dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Kommentare der dbb jugend-Funktionsträgerinnen und -Funktionsträger zur Novelle des Berufsbildungsgesetzes wurden auch auf Twitter veröffentlicht: twitter.com/dbbjugend

dbb jugend magazin

Happy New Year heißt es auch in der ersten Ausgabe des dbb jugend magazin im Jahr 2020. „Lasst es uns zu einem erfolgreichen für den öffentlichen Dienst in Deutschland machen!“, ruft dbb jugend Chefin Karoline Herrmann im Editorial auf. „Mit der Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen stehen wichtige Verhandlungen an – immerhin geht es um die zukünftigen Arbeitsbedingungen von rund zwei Millionen Menschen. Ganz zentrales Thema wird auch die Digitalisierung von Behörden und Verwaltungen sein: Bundesinnenminister Horst Seehofer hat angekündigt, dass er mit den Gewerkschaften einen Digitalisierungstarifvertrag abschließen will. Gute Idee, denn mit Datenschutz, mobilem Arbeiten und technologischen Kontrollmechanismen stehen bei der digitalen Transformation nicht ganz unkritische Punkte auf der Agenda, die



es gemeinsam zu diskutieren und zu regeln gilt“, so Herrmann.

Auch t@cker widmet sich in der ersten Ausgabe des neuen Jahres der Zukunft: „So kommt das Neue in die Verwaltung“, zeigt die t@cker-story über das GovLab Arnberg, mittlerweile ein schon vielzitiertes verwaltungseigenes Best Practice zur Verwaltungsmodernisierung. Darüber hinaus berichtet t@cker über die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (t@cker-fokus), ein tolles Museum in Berlin: das Futurium, Haus der Zukünfte (t@cker-tipps), und viele Neuigkeiten aus den Reihen der dbb Familie.

t@cker – das dbb jugend magazin: Reinschauen lohnt sich wie immer. Einfach direkt reinsurfen unter www.tacker-online.de

dbb Jahrestagung 2020

Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst

Der öffentliche Dienst in Deutschland zählt nach wie vor zu den leistungsfähigsten der Welt. Damit das so bleibt, müssen sich die Beschäftigten permanent an sich wandelnde Rahmenbedingungen anpassen. Die Politik muss vorausschauende Entscheidungen treffen, damit die öffentliche Hand an den immer komplexer werdenden Anforderungen wachsen kann. Als Ideenwerkstatt gab die 61. Jahrestagung des dbb vom 6. bis 7. Januar 2020 in Köln neue Impulse für den öffentlichen Dienst der Zukunft.



© Marco Urban (16)

Der dbb betrachtet es seit mehr als sechs Jahrzehnten als ureigenes Anliegen, Impulse für den öffentlichen Dienst zu geben: „Diesem Anspruch wollen wir auch bei der 61. dbb Jahrestagung gerecht werden“, machte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer, am Morgen des 6. Januar 2020 in seiner Begrüßung deutlich. „Wir erinnern uns in diesem Jahr aber auch voller Dankbarkeit an den Fall der Mauer 1989 und die im Jahr darauf vollzogene Wiedervereinigung Deutschlands. Die Entwicklung, die auf die Ereignisse der Jahre 1989/90 folgte, sei nicht selbstverständlich gewesen: „Das sollten wir nicht vergessen.“ Geyer stimmte zudem auf die weiteren Themen der Jahrestagung ein: „Selbstverständlich werden wir auch die zentralen Fragen benennen und nach Antworten suchen, die für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchbar sind.“

■ Reker: Null Toleranz für Gewalt

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, wandte sich in ihrem Grußwort entschieden gegen jede Art der Duldung von Hass und Intole-



► Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, flankiert von dbb Vize und Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer (links), und Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik.

ranz. Als Folge der Messertatcke, bei der kurz vor Weihnachten 2019 ein Mitarbeiter der Stadt Köln getötet worden war, kündigte Reker eine erste konkrete Maßnahme an: Köln werde bis zum Ende des ersten Quartals 2020 ein Meldewesen haben, „mit dem wir der Gefährdung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegenwirken“. Gleichzeitig dürfe das Vertrauen in die Gesellschaft nicht verloren gehen: „Bei uns in Köln ist die Atmosphäre noch immer von Toleranz geprägt, die es Menschen aus vielen Kulturen und Nationen erlaubt, friedlich zusammenzuleben. Das soll auch so bleiben. Respekt muss die unumstößliche Basis unserer Gesellschaft bleiben“, stellte die Oberbürgermeisterin

klar. „Wir müssen offen bleiben und den Dialog aufrechterhalten, so schwer das auch sein mag.“

■ Silberbach: Sanierungsfall öffentlicher Dienst

Dem öffentlichen Dienst fehlen aktuell rund 300 000 Beschäftigte, wie eine Verbandsabfrage ergeben hat. dbb Chef Ulrich Silberbach forderte deshalb in seiner Auftaktrede massive Investitionen in den Staatsdienst. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen „in der frühkindlichen Bildung, in Schulen und Berufsschulen, bei den Sicherheitsbehörden, in Justiz und Finanzämtern, im Gesundheitsdienst, in der Pflege, in der Sozialen Arbeit, im technischen

Dienst, bei den Bürgerdiensten, in der Lebensmittelkontrolle, in Natur- und Umweltschutz“, so Silberbach. In den kommenden zehn Jahren würden zudem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen. „Damit steht uns ein gewaltiger Verlust von Arbeitskraft und Know-how ins Haus. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit, den der öffentliche Dienst zu bewältigen hat – und leider sind wir bislang noch nicht einmal richtig aus den Startlöchern gekommen. Das ist wirklich dramatisch. Wir müssen schleunigst die Beine in die Hand nehmen und zusehen, dass wir den öffentlichen Dienst mit sinnhafter Digitalisierung und nachhaltiger Personalpolitik fit für die Zukunftsaufgaben bekommen.“

Silberbach warnte vor den gravierenden Folgen für Land und Gesellschaft: „60 Prozent der Bevölkerung halten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert. Das ist ein alarmierendes Anzeichen für den Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit unseres Staates. Wenn es bei den Berufsfeuerwehren brennt, wenn nahezu bundesweit Jugendämter, Schulen und Kitas ‚Land unter‘ melden, wenn Gesundheitsämter und medizinische Dienste so ausgedünnt sind,

dass sie Schul- und amtsärztliche Untersuchungen, Hygienekontrollen nicht mehr ordnungsgemäß durchführen können, wenn Verfahren bei Gericht auf Halde liegen und so lange dauern, dass Tatverdächtige aus der U-Haft entlassen werden müssen, wenn man monatelang auf einen Termin im Bürgeramt warten muss – wenn der Staat immer häufiger versagt, dann bleibt das den Menschen, die hier leben, nicht verborgen. Wir verspielen ein Stück Zukunft in Deutschland, wenn wir den Sanierungsfall öffentlicher Dienst jetzt nicht zukunftsfest machen“, betonte der dbb Chef und forderte die Politik in Bund, Ländern und Kommunen auf: „Lasst die Beschäftigten, die ihre Pflicht erfüllen und jeden Tag ihr Bestes geben, nicht im Regen stehen! Macht endlich Euren Job, damit die Kolleginnen und Kollegen ihren machen können!“



> Ulrich Silberbach

Mit Blick auf die in der zweiten Jahreshälfte anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen erwartet der dbb deutliche Signale. „Es geht um Wertschätzung und Wettbewerbsfähigkeit“, so Silberbach. Auch das Thema Arbeitszeit habe in den vergangenen Jahren an Fahrt gewonnen – „Flexibilität und Souveränität sind hier die Stichworte. Wir nehmen wahr, dass das den Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennt. Und für die junge Generation, die wir gewinnen wollen, ist das ohnehin ein Topthema.“ Die seit 2004 von 38,5 auf 41 Wochenstunden



> Während seiner Auftaktrede hatte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu sich auf die Bühne gebeten. In kurzen Statements schilderten einige ihren Arbeitsalltag und mahnten konkrete Verbesserungen an.

angehobene Arbeitszeit für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten bezeichnete der dbb Chef als „einseitiges Sparen zulasten einer Gruppe“.

Eine klare Absage erteilte der dbb Bundesvorsitzende wiederkehrenden Versuchen einer Aushöhlung des Beamtenstatus, etwa durch die Schaffung von Einheitsversicherungen oder die Einführung eines Streikrechts für Beamtinnen und Beamte. „Dreh- und Angelpunkt für die Verlässlichkeit unseres öffentlichen Dienstes ist der Beamtenstatus, ein Erfolgsmodell und Aushängeschild“, unterstrich Silberbach. Es gelte, das Berufsbeamtentum durch Modernisierung und Motivation zukunftsfest zu gestalten. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungsrechts auf Bundesebene sei ein entsprechender Einstieg geschafft, aber „das reicht uns noch nicht“.

> Seehofer: Strukturen für hohe Leistungsfähigkeit

„Auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist Verlass.“ Bundesinnenminister Horst Seehofer zeigte sich in Köln stolz auf den öffentlichen Dienst und versprach, optimale Rahmenbedingungen für die

Beschäftigten zu schaffen, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Seehofer erläuterte, was sein Haus und die Bundesregierung dazu beitragen wollen. Als eine in diesem Sinne bereits erfolgte wichtige Weichenstellung im Beamtenbereich führte Seehofer das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz an: „Neben den guten Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre und dem Personalaufbau trägt dieses Gesetz dazu bei, dass wir attraktiv, wettbewerbsfähig und zukunftsfähig bleiben.“ Mit der vom dbb schon lange geforderten Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes erhoffe man sich eine weitere Modernisierung. „Wir wollen ein für das Zusammenarbeiten von Dienststellen und Personalvertretungen gutes

Gesetz schaffen“, betonte der Bundesinnenminister.

Seehofer nutzte die dbb Jahrestagung auch, um Gewalt gegen Beschäftigte des Staates und extremistischen Tendenzen im öffentlichen Dienst entschieden entgegenzutreten. Dies seien „Angriffe auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit gegen uns alle. Es ist nicht hinnehmbar, wenn der Polizei und den Rettungskräften, aber auch anderen Repräsentanten des Staates, kein Respekt entgegengebracht wird, wenn sie an ihrer Arbeit gehindert oder sogar Gewalt gegen sie angewendet wird“, machte Seehofer deutlich und betonte, dass die Bundesregierung alles unternehme, um für mehr Sicherheit zu sorgen.

Seehofer unterstrich die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Wir können dessen Leistungsfähigkeit noch besser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Viele ländliche Regionen sind von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Die Bevölkerung altert oder zieht weg, Arbeitsplätze verschwinden, Kommunen verarmen. Mit einer aktiven Struktur- und Regionalpolitik wirken wir



> Horst Seehofer

dem gezielt entgegen. Das Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland“, erläuterte der Bundesinnenminister. Seehofer sprach sich auch für neue Anstrengungen zur Entschuldung von Kommunen aus. „Wenn ein paar Tausend Kommunen nicht investieren können, weil sie überschuldet sind, dann sorgt das weiter für eine Ungleichheit der Lebensverhältnisse.“

Mit Blick auf die im Herbst anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen unterstrich der Bundesinnenminister, dass der öffentliche Dienst im massiven Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um qualifiziertes und motiviertes Personal stehe. Deswegen sei die Schaffung attraktiver Einkommens- und Arbeitsbedingungen weiterhin von großer Bedeutung. Ihm sei bewusst, so Seehofer, dass den Menschen im öffentlichen Dienst auch das Thema Arbeitszeit auf den Nägeln brenne. Gleichwohl stellte Seehofer klar, dass eine Gleichung mehr Personal und weniger Arbeitszeit aktuell nicht aufgehen könne. Daher sei zunächst für eine ausreichende Personalausstattung zu sorgen, erst dann könne man sich dem Thema Arbeitszeit widmen.

» Schäuble: Verwaltung ist kein Selbstzweck

Einigkeit und Recht und Freiheit: Bei der dbb Jahrestagung ging es auch um die Frage, vor welchen gesellschaftlichen Herausforderungen die Bundesrepublik 30 Jahre nach der Wiedervereinigung steht. Darüber diskutierten Wolfgang Schäuble, Herfried Münkler, Kevin Kühnert und Jens Teutrine.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ging in seinem Eingangsvortrag zunächst auf den Prozess der deutschen Einheit ein. Dieser habe „nicht nur mutige politische Entscheidungen gefordert, sondern auch die engagierte Arbeit der Men-



» Wolfgang Schäuble

schen in der öffentlichen Verwaltung“. Heute seien viele Führungspositionen in der Verwaltung in Ostdeutschland immer noch mit Westdeutschen besetzt. „Der Grad der Einheit misst sich aber auch an den gleichen Startchancen für alle.“ Daran gelte es zu arbeiten, denn auch wenn die Einheit formal lange vollzogen sei: „Die Einheit von Fühlen und Denken ist immer noch nicht erreicht.“

Mit Blick auf das heutige Verhältnis von Staat und Verwaltung auf der einen und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite sagte Schäuble, dass dieses immer neu austariert werden müsse. In Zeiten der Verunsicherung durch globale Herausforderungen sei der Wunsch nach einem starken Staat nachvollziehbar. „Diese – teils überzogenen – Erwar-

tungen können den Staat überfordern und in der Folge zu Enttäuschung oder sogar Wut führen. Und: Je mehr Verantwortung wir an den Staat abgeben, desto enger machen wir unsere eigenen Spielräume“, so der Bundestagspräsident. Der Staat müsse daher lernen, sich selbst zurückzunehmen. „Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern notwendig gegen Chaos und Willkür. Aber wir müssen die richtige Balance finden. Verwaltung braucht Ermessensspielräume – und gleichzeitig den Mut, sie auch zu nutzen.“

» Podium 1: Einigkeit und Recht und Freiheit

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging es insbesondere um Fragen, wie das Verhältnis zwischen bürgerlichem Engagement sowie Staat und Verwaltung austariert werden könne. Politikwissenschaftler Herfried Münkler sagte: „Wer darüber nachdenkt, den Staat sicht- und erlebbarer zu machen, muss klären, auf welchen Staatsbegriff Bezug genommen wird. Die Unterscheidung liegt zwischen der Wahrnehmung von politischem Handeln als Beruf und dem freiwilligen Engagement der Zivilgesellschaft. Wo Politik professionell ausgeübt wird, herrscht fachliche Effizienz. Ehrenamtliches Engage-

ment wird allerdings zurückgedrängt.“ Abhilfe könnten „bürger-partizipative Ordnungen schaffen, die eine Art generationsbewusstes ‚Könnensbewusstsein‘ erzeugen“.

Kevin Kühnert, Juso-Vorsitzender und seit einem Monat stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, betonte, ein aus seiner Sicht wesentlicher „Engagement-Killer“ seien die jeweiligen materiellen Möglichkeiten der Menschen. Vom Staat erwarte er, Demokratie dorthin zu tragen, wo die Menschen leben. „Das muss zur politischen Priorität gehören. Sonst laufen wir Gefahr, Strukturen vor allem in der Fläche zu vernachlässigen. Was funktioniert ist, Menschen ernst zu nehmen und Teilhabe sicherzustellen – in jedem Alter, an jedem Ort. Wir müssen wieder einen kleinsten gemeinsamen Nenner entwickeln, was ein demokratisches soziales Gemeinwesen bereitstellen muss. Und zwar nicht ausgehend von der Frage, was kostet das, sondern geleitet von der Überlegung: Was gehört zu einem guten Leben?“, so der SPD-Vize.

Jens Teutrine, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen, beklagte, dass das Interesse für parteipoliti-



» Podium 1 – „Einigkeit und Recht und Freiheit“: Moderiert von Anke Plättner diskutierten Jens Teutrine, Wolfgang Schäuble, Herfried Münkler und Kevin Kühnert (von links).

sche Botschaften von Großstädten hin zu den ländlichen Regionen und von West nach Ost stark abfalle. „Um hier gegenzusteuern, plädieren wir schon lange für die Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre. Umfragen zeigen, dass diese Altersgruppe politisch die aktivste und engagierteste ist. Wer früh zum ersten Mal wählt, wird wieder wählen. So binden wir junge Menschen an die Demokratie und Gesellschaft.“

➤ **Laschet: Staat braucht mehr Mitarbeiter**

Nur mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst wird Deutschland die anstehenden



➤ Armin Laschet

strukturpolitischen Herausforderungen meistern können, betonte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Als Beispiel nannte Laschet den Kohleausstieg, die Verkehrsinfrastruktur, die Integration und vieles mehr. „Der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten sind dabei unentbehrlich. Nur wenn wir ausreichend qualifizierte und motivierte Menschen haben, die die politischen Ziele kompetent umsetzen, können wir in unserem Land etwas bewegen“, unterstrich der Ministerpräsident. Vor diesem Hintergrund sei auch klar: „Wir brauchen mehr Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Diese Menschen gewinnen wir nur, wenn der Staat als Arbeitgeber attraktiv ist. Auch bei der Bezahlung.“

Ein starker Staat liege immer im Interesse der Schwachen, so Laschet weiter. „Die Reichen

und Starken werden die Dinge stets für sich selber regeln. Das ist aber nicht unser Ideal von Gesellschaft. Wir wollen, dass für jeden die Bildungschancen gleich sind, dass die Sicherheit überall und für jeden gewährleistet ist, dass gleiches Recht für alle gilt.“

Angesichts der zunehmenden Gewalt gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes forderte Laschet eine entschiedeneren Haltung von Politik und Gesellschaft: „Hier brauchen wir ein Stoppschild, ein Signal. Wir lassen uns nicht gefallen, dass unsere Staatsbediensteten so angegangen werden.“ Auch die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes für die Demokratie müsse immer wieder thematisiert werden. Laschet: „Institutionen wie Behörden und Verwaltung sind etwas Wertvolles, weil sie in der Demokratie Verfahren regeln und Rechtsstaatlichkeit garantieren. Das ist insbesondere die Stärke des deutschen Berufsbeamten-tums.“

➤ **Giffey: Engagement der Jugend fördern**

Wie kann das Engagement von jungen Menschen an politischen Prozessen gestärkt werden? Darüber diskutierte Bundesfamilien-



➤ Franziska Giffey

ministerin Franziska Giffey mit Karoline Herrmann (dbb jugend), Martin Horn (Oberbürgermeister Freiburg) und Quang Anh Paasch (Fridays for Future).

Giffey eröffnete die Podiumsdiskussion mit einem Impulsvortrag und betonte, dass „die Jugend“ keine homogene Gruppe ist: Es gebe nicht nur sehr engagierte junge Menschen, beispielsweise weil viele schon aufgrund sozialer Schlechterstellung von Teilhabe ausgeschlossen seien. Positiv sei für sie, dass viele Jugendliche nicht nur an sich, sondern vor allem an ihre Mitmenschen denken. Daran anknüpfend wünschte sie sich, dass sich dieses Engagement nicht nur in Demonstrationen und Protestaktionen erschöpft. „Wer wirklich etwas bewegen will, muss in politische Ämter gehen. Dazu möchte ich

alle jungen Menschen ermutigen – dann sinkt auch der Altersdurchschnitt in der Politik.“

In der anschließenden Diskussion betonte Giffey, dass politische Prozesse ausreichend Zeit benötigen. Demokraten bräuchten daher Geduld. Als Beispiel nannte sie das Klimapaket, dessen Milliarden nun bereitstehen, das aber erst noch umgesetzt werden muss. „Von dem bereitgestellten Geld ist noch keine Bahntrasse gebaut. Es braucht eine starke Verwaltung, die die entsprechenden Projekte entwickelt“, sagte die Ministerin. Daher sei Politik auch immer auf einen guten öffentlichen Dienst angewiesen.

➤ **Podium 2: Wie „tickt“ die Jugend politisch?**

Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend, sagte: „Junge Menschen müssen merken, dass es was bringt, sich politisch zu engagieren. Sie müssen beteiligt werden, man muss ihnen zuhören. Wenn der Kommunikationsfluss intakt ist, kann die junge Generation auch akzeptieren, wenn ihre Forderungen nicht zu einhundert Prozent umgesetzt werden.“

Im dbb habe in den letzten Jahren diesbezüglich ein Um-



➤ Podium 2 – „Wie ‚tickt‘ die Jugend politisch?“. Martin W. W. Horn, Franziska Giffey, Moderatorin Anke Plättner, Quang Anh Paasch und Karoline Herrmann (von links).

denken stattgefunden. Die dbb Jugend sei mittlerweile mit beratender Stimme in der Bundesleitung vertreten. „Wir wirken auch bei den Einkommensrunden für den öffentlichen Dienst mit, um adäquate Forderungen für junge Beschäftigte aufzustellen. Das nehmen wir sehr ernst und möchten im Rahmen der Generationengerechtigkeit weiter beteiligt werden.“

Der Oberbürgermeister von Freiburg, Martin W. W. Horn, ist jüngster Chef einer deutschen Großstadt. „Bei uns ist die Jugend sehr stark politisiert, Freiburg ist zusammen mit Heidelberg die jüngste Stadt Deutschlands, sehr welt- offen und nachhaltig eingestellt“, sagte er. Diese jungen Menschen wolle er einbinden, und Kommunen seien ein hervorragender Ort für politische Partizipation. „Wieviel Geld in neue Straßen investiert wird, welche neuen Schulen gebaut werden, welche Umweltmaßnahmen umgesetzt werden: All diese Fragen können nur auf kommunaler Ebene gelöst werden.“

Quang Anh Paasch, Mitglied der Jugendbewegung Fridays for Future (FFF), erklärte, warum die Klimaschutzbewegung einen so breiten Zuspruch aus den Reihen der jungen Menschen erhält: Zum einen sei man bewusst eine vielfältige und parteipolitisch unabhängige Bewegung, worauf sich viele eher einließen als auf institutionalisierte Parteien oder Organisationen. Zum anderen sei das erklärte Ziel, mit dem Engagement direkte Lenkungswirkung zu erzeugen. „Das ist etwas, was man als junger Mensch insbesondere in Parteien und Politik definitiv kaum oder nur sehr schwer erreicht. Aber eben mit Hunderttausenden, die auf die Straße gehen“, so Paasch, der aber auch klarstellte: „Wir gehen nicht auf die Straße, weil wir keine Hoffnung haben und nicht an Demokratie und unseren



öffentlichen Dienst glauben. Im Gegenteil: Gerade weil wir wissen, wie stark der Staat sein kann, wenn er will, haben wir Hoffnung.“

■ Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst

Am zweiten Tag der Jahrestagung präsentierte Ulrich Silberbach ein dbb Werkstattpapier zur Modernisierung des Staatsdienstes. „Nur ein personell wie technisch gut und vielfältig aufgestellter, modern agierender und beweglicher öffentlicher Dienst wird die Herausforderungen der Zukunft meistern und seine Arbeit mit der Rückendeckung einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz leisten können“, erklärte der dbb Chef bei der Präsentation der Ideenskizze, die den Titel „Aufbruch – Der öffentliche Dienst der Zukunft“ trägt.

„Akzeptanz wird der öffentliche Dienst nur erreichen können, wenn er den Staat als ‚Spiegel der Gesellschaft‘ repräsentiert mit einer vielfältigen Beschäftigtenstruktur, digitalen Dienstleistungen und einer wertschätzenden respektvollen Teamkultur“, machte Silberbach deutlich. Auch auf dem Arbeitsmarkt werde der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber Deutschlands im Wettbewerb um die Leistungsträger von morgen nur dann punkten können, wenn er ins Profil der Berufseinsteiger von heute passe: agil, vielfältig, digital. Auf dem Weg dorthin sei der Staatsdienst

allerdings noch kaum aus den Startlöchern gekommen, kritisierte Silberbach, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung: „Die Ausgangslage ist weiterhin überhaupt nicht prickelnd. Erneut hat der vom Nationalen Normenkontrollrat herausgegebene Monitor ‚Digitale Verwaltung‘ Deutschland nur auf einen der hinteren Ränge im EU-weiten Vergleich verwiesen. Eigentlich sollen bis zum Jahr 2022 zahlreiche öffentliche Dienstleistungen auf den Plattformen der Verwaltungen zur Verfügung stehen. Aber Verwaltungs- und Digitalisierungsexperten halten es für unrealistisch, dass binnen des vorgegebenen Zeitraums tatsächlich alle 575 Verwaltungsdienstleistungen online angeboten werden“, warnte Silberbach und kritisierte das „eklatante Umsetzungsproblem“.

Entscheidend für ein Gelingen der digitalen Transformation sind aus Sicht des dbb die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes selbst: „Sie tragen und gestalten den Modernisierungsprozess, deswegen müssen sie von Beginn an einbezogen, mitgenommen und fit für die neuen Aufgaben gemacht werden“, so Silberbach. Vor diesem Hintergrund begrüßte er, dass der Bund bereit für den Abschluss eines Digitalisierungstarifvertrags sei. Die dbb Ideenskizze sei eine Einladung an alle zum offenen Dialog. „Die Zukunft des öffentlichen Dienstes geht alle an, weil er unser aller Zukunft ganz ent-

scheidend prägen wird“, betonte Silberbach.

■ Podium 3: Die Digitalisierung voranbringen

Die Zukunft des öffentlichen Dienstes stand anschließend auch im Fokus einer Podiumsdiskussion. Insbesondere beschäftigte die Runde der Aspekt der Digitalisierung.



► Irene Mihalic

Irene Mihalic, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, zeigte sich „im hohen Maße skeptisch“, ob der Zeitrahmen des Online-Zugangsgesetzes zur Digitalisierung zentraler Verwaltungsdienstleistungen eingehalten werden kann. Voraussetzung sei vor allem eine umfangreiche Mitnahme und Unterstützung der Beschäftigten. „Der öffentliche Dienst wird durch die Digitalisierung ganz bestimmt an Attraktivität für die Beschäftigten gewinnen“, zeigte sich Mihalic überzeugt, „aber man muss ihnen den Umgang mit digitalen Technologien und Arbeitsmitteln auch ermöglichen und erschließen.“

Ängste müssten durch Transparenz, Fort- und Weiterbildung genommen werden sowie durch das Herausstellen der positiven Digitalisierungseffekte. „Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexiblere Arbeitszeit- und Arbeitsortgestaltung“, nannte Mihalic als Beispiele. Gleichzeitig dürfe sich Positives nicht ins Negative verändern: „Mit Blick auf die Gefahren ständiger digitaler Erreichbarkeit und Entgrenzung zwischen Arbeit und Privatleben brauchen wir klare und verbindliche Regelungen, die gemeinsam mit den Personalvertretungen entwickelt werden müssen.“

Nicole Opiela vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS), lieferte Fakten. „Nach dem DESI-Index für digitale Verwaltung sind wir in Sachen Digitalisierung der Verwaltung weiterhin Schlusslicht in Europa. Aber man muss differenzieren: Teilweise sind die Kommunen schon sehr innovativ. In vielen gibt es schon eine Digitalisierungs-Strategie oder es wird daran gearbeitet.“ Opiela betonte: „Für Kommunen ist die Digitalisierung auch eine Chance, als Standort attraktiver zu werden.“ Mehr Schub für die digitale Transformation erhofft sich die Expertin ebenso wie die Mitdiskutierenden von besserer Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten. „Expertenwissen wird vergänglicher. Es braucht die Bereitschaft, sich permanent neues Wissen anzueignen“ – etwa auch dauerhaften informellen Austausch



> Nicole Opiela

über moderne Arbeitsformen in den Verwaltungen.“

Heike Raab, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und in Europa und in Rheinland-Pfalz seit 2011 zu-



> Heike Raab

ständig für Digitalisierung, stellte heraus, wie wichtig es sei, die Personalvertretungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beginn an mitzunehmen. „Ziel muss es sein, Ängste abzubauen und das Bewusstsein zu vermitteln, dass diese neue Art des Arbeitens Freude macht und Arbeitserleichterungen schafft.“ Insbesondere müssten auch alle Führungskräfte eine Vorbildfunktion einnehmen und ausfüllen. „Führung muss sich total verändern. Das Thema Digitalisierung muss deshalb auch Bestandteil der Ausbildung in unseren Verwaltungshochschulen sein“, forderte Raab.

Mit Blick auf die Gesamtperspektive unterstrich sie, dass Bund, Länder und Kommunen bei der Digitalisierung zwingend an einem Strang ziehen müssten. „Innerhalb unserer föderalistischen Struktur erfordert die Koordination einen langen Atem. Wir Länder sind dankbar, dass wir gemeinsam mit dem Bund das Konzept der Digitalen Musterkommune erarbeiten konnten. Was bisher fehlt, ist die dort existierenden Strukturen als landesweites Rollout zu nutzen.“ Befürchtungen von Bürgerinnen und Bürgern in Sachen Datenschutz im digitalen Staat entgegnete Raab, dass eben jene Menschen amerikanischen Konzer-

nen all ihre sensibelsten Daten anvertrauten, während sie der I-ID-Funktion ihres Personalausweises weitgehend ablehnend gegenüberstünden. „Da fehlt es schlicht an Aufklärung“, kritisierte Raab.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, wies darauf hin, dass es noch lange Zeit einen großen Teil der Bevölkerung geben werde, der sich digitalen Lösungen in der Verwaltung verweigere, sei es aus Skepsis oder Gewohnheit. Aus seiner Sicht ist das bisherige Fehlen einer bundeseinheitlichen digitalen Identität eines der Hauptprobleme bei der technischen Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. „Selbst bei



> Gerd Landsberg

vermeintlich banalen Dingen, wie der Beantragung eines Angelscheins, stehen wir vor riesigen Herausforderungen“, berichtete Landsberg und regte eine Art „Fast-Lane“ für die Bürgerservices an, um den Bürgerinnen und Bürgern die digitale Verwaltung schmackhaft zu machen: „Wenn es auch in der öffentlichen Verwaltung sichtbar schneller geht – so wie am Flughafen – sind alle zufrieden und wollen das auch.“

dbb Chef Ulrich Silberbach mahnte eine zentralere Federführung bei der Digitalisierung in Deutschland an. „Wir sind weiterhin Entwicklungsland in Sachen Digitalisierung, und das größte Hemmnis ist neben der föderalen Architektur der Mix

an Zuständigkeiten auch auf Bundesebene – das ist fast nicht mehr zu überschauen“, kritisierte Silberbach und begrüßte Absichten, ein Bundesdigitalministerium einzurichten. „Wir brauchen von der Bundesebene einen zentralen Impuls“, sagte Silberbach mit Nachdruck. „Ebenfalls dringend erforderlich ist auf Bundesebene eine Novellierung des Bundespersonalvertretungsrechts, das noch immer auf dem Stand von 1974 und damit hoffnungslos aus der Zeit gefallen ist.“ Damit könne man den Menschen im öffentlichen Dienst auch einen großen Teil der Ängste nehmen, die sie in Anbetracht der digitalen Transformation hätten. „Wir brauchen eine Vertrauenskultur und ebenso eine neue Fehlerkultur“, forderte Silberbach. „Wir können auch mal mit einer 60-prozentigen Lösung starten, es müssen nicht immer 100 Prozent sein – das ist eine typisch deutsche Krankheit, die wir heilen müssen“, erklärte er. Probleme könne man auch auf dem Weg in die Zukunft lösen, so der dbb Chef.

Der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, schloss die 61. Jahrestagung des dbb mit einem Dank an die Teilnehmer und Podiumsgäste und verknüpfte sein Schlusswort mit der Aufforderung, sich intensiv am Dialogprozess zu beteiligen, „den wir gemeinsam in den beiden Tagen angestoßen haben“.



> Ulrich Silberbach

Die dbb Jahrestagung 2021 findet am 10. und 11. Januar 2021 ebenfalls in Köln statt. ■

Winterurlaub

Nur gut versichert auf die Piste

Auf Ski oder Snowboard den schneebedeckten Hang hinunterrasen – für viele gibt's im Winter nichts Schöneres. Da das Risiko immer mitfährt, sollte der Versicherungsschutz passen.

Die Auswertungsstelle für Skiunfälle (ASU) hat ihre neueste Unfallanalyse vorgestellt. In der zurückliegenden Skisaison verletzten sich 46 000 Deutsche beim Wintersport so schwer, dass eine ärztliche Behandlung notwendig wurde. Für rund 8 000 von ihnen war sogar eine stationäre Behandlung im Krankenhaus nötig. Daher sollte der Versicherungsschutz optimal auf das Unfallrisiko abgestimmt sein. Die DBV Deutsche Beamtenversicherung, langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, bietet leistungsfähige Versicherungsangebote mit attraktiven Beitragsvorteilen für Neuverträge.

» Wenn einem selbst etwas passiert

Schlimm genug, wenn man sich im Urlaub verletzt. Falls man aber für den Transport ins Tal oder eine Rückführung zum Wohnort selbst aufkommen muss, wird der Urlaub viel teurer als geplant.

Wer nicht nur in Deutschland Ski fährt, sollte daher eine Aus-

landsreise-Krankenversicherung im Versicherungsordner haben. Sie bezahlt unter anderem den Rücktransport, wenn er medizinisch sinnvoll und vertretbar ist. Diese erheblichen Kosten werden von keiner gesetzlichen Krankenkasse übernommen, auch von den meisten privaten nicht. Aber auch für Privatversicherte mit Beihilfeanspruch ist die Absicherung sinnvoll, um den Anspruch auf Beitragsrückerstattung nicht zu gefährden. Einfach mal nachrechnen: Die Auslandsreise-Krankenversicherung über das dbb vorsorgewerk gibt es bereits ab 7,92 Euro Jahresbeitrag.

Das dbb vorsorgewerk empfiehlt generell, also nicht nur für den Winterurlaub, den Abschluss einer privaten Unfallversicherung. Denn diese bietet Schutz für den Fall einer dauerhaften körperlichen Beeinträchtigung. Ski- und Snowboardfahrer sollten eine Police wählen, die eine gute Invaliditätsleistung, Reha-Management und Assistance-Leistungen umfasst. Wie die „Unfall-

komfort“ der DBV. dbb Mitglieder und Angehörige profitieren beim Abschluss von 3 Prozent Beitragsvorteil.

» Wenn man andere zu Schaden bringt

Kurz unaufmerksam oder leichtsinnig – schon kann auf den schnellen Pisten ein Unheil passieren. Wer noch meint, keine Haftpflichtversicherung zu brauchen, überlege, für was man alles allein beim Unfallopfer mit seinem gesamten Privatvermögen aufkommen müsste: beschädigte Ausrüstung, Bergungs- und Krankenhauskosten, abgebrochener Urlaub, Verdienstausschluss ...

Eine Haftpflichtversicherung übernimmt dagegen alle gegnerischen Kosten, die mit dem Unfall im Zusammenhang stehen.

-> Exklusiv für dbb Mitglieder und Angehörige: 3 Prozent Beitragsvorteil bei Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung bei der DBV.

» dbb-vorteilswelt.de/versicherung

Informieren Sie sich vor Urlaubsantritt! Die Kundenberatung des dbb vorsorgewerk steht telefonisch – montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030.4081 6444 begleitend zur Seite und vermittelt auf Wunsch gerne einen Berater vor Ort.

sb



© Unsplash.com/Emma Paillex

» Jetzt Kredit mit Aktionszinssatz sichern

Finanzielle Engpässe lassen sich mit einem Ratenkredit flexibel überbrücken. Dank des niedrigen Zinsniveaus wird damit auch der eine oder andere Wunsch schneller umsetzbar.

Das dbb vorsorgewerk bietet mit den Beamtenkrediten seit vielen Jahren günstige Kreditangebote. Bis 16. Februar 2020 können Interessentinnen und Interessenten beim **Online-Wunschcredit der BBBank** von besonders attraktiven Konditionen profitieren. Doch Obacht: die 1,98 Prozent* (effektiver

Jahreszins) gelten nur, bis das Sonder-Kreditkontingent ausgeschöpft ist. Laufzeiten zwischen 24 und 84 Monaten und Nettodarlehensbeträge zwischen 5 000 und 75 000 Euro sind wählbar. Zudem sind Sondertilgungen und Ratenpausen möglich.

Der Abschluss erfolgt bequem online, benötigt wird nur ein PC, Laptop, Smartphone oder Tablet mit Videokamera. Um die Kreditzusage zu erhalten, sollte man die Zugangsdaten zum Online-Banking

des Girokontos sowie den Personalausweis bereithalten.

Auf www.dbb-vorteilswelt.de/wunschcredit kann jeder direkt seine Kreditkonditionen berechnen und den Kreditvertragsabschluss in die Wege leiten.

* bonitätsabhängig





Der Fall des Monats

Wahl der Schwerbehindertenvertretung Falsches Postfach, gültige Wahl

Bei der Durchführung einer Wahl zur Schwerbehindertenvertretung (SBV) hatten stimmberechtigte Wähler ihre Stimme im Rahmen der Briefwahl an ein Postfach geschickt, das vom Betriebsrat für die Durchführung der Betriebsratswahlen eingerichtet und genutzt worden war. Die dort eingegangenen Stimmen wurden bei der Auszählung der Stimmen für die Wahl der Schwerbehindertenvertretungen nicht berücksichtigt, weil dieses Postfach nicht vom Wahlvorstand für die Durchführung der Wahl der SBV eingerichtet, vorgehalten und kontrolliert wurde. Das Ar-

beitsgericht Berlin entschied mit Urteil vom 20. März 2019 (Az.: 31 BV 16668/18), dass die erfolgte Wahl dennoch gültig sei.

Der Wahlvorstand habe alle Vorkehrungen getroffen, dass alle zum Zeitpunkt der Stimmauszählung wirksam abgegebenen Stimmen, die auch tatsächlich und rechtzeitig eingegangen waren, berücksichtigt wurden. Dass die 68 Stimmen – mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Stimmen – durch das Ablegen im falschen Postfach nicht mitgezählt worden seien, mache die Wahl aber



© Colourbox.de/compuinfo

nicht nichtig. Der Mangel sei nicht offensichtlich genug. Aus diesem Grund entschied das Arbeitsgericht Berlin, die Wahl

sei wirksam. Das Verfahren wurde durch das DLZ Ost geführt.

ak

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Erfolgreicher Hausverkauf von privat oder über Makler



GTB

Godesberger Taschenbuchverlag GmbH
Dreizehnmorgenweg 36 · 53175 Bonn

Unsere Berliner Auslieferung erreichen Sie unter:
Telefon: 030.7261917-23
Telefax: 030.7261917-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de
Internet: www.dbbverlag.de
Onlineshop: shop.dbbverlag.de

Der Inhalt im Überblick:

- mit und ohne Makler höhere Verkaufspreise erzielen – hier steht, wie es geht
- zügig und reibungslos verkaufen
- mit übersichtlichen Checklisten und Arbeitsblättern für eine gründliche Vorbereitung des Verkaufs
- Tipps und Vermarktungsbeispiele aus der Praxis

Was Sie davon haben:

Häuser und Grundstücke sind heute heiß begehrt. Besser selbst verkaufen! Ohne Maklerprovision sind höhere Preise möglich – vorausgesetzt, Sie machen alles richtig. In diesem praktischen Anleitungsbuch finden Sie alle Tipps, Vermarktungshilfen und auch Profi-Tricks, die Sie für einen lukrativen Verkauf von privat brauchen. Beim Verkauf über Makler: Mit den Informationen aus dieser Broschüre sind Sie Profis besser gewachsen. So können Sie sicher sein, dass Ihr Makler das Optimum für Sie rausholt.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.



176 Seiten

10., überarbeitete Auflage 2019

€ 14,90* je Exemplar

ISBN 978-3-87999-061-0

* inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Erfolgreicher Hausverkauf von privat oder über Makler«
(€ 14,90 zzgl. Porto und Verpackung)
- Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de.

Werbereinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die dbb verlag gmbh über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werbliche Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift

Öffentlicher Dienst

Vom Sanierungsfall zum Vorbild?

Das gelingt nicht vielen: Den eigenen „Verein“ schlechtreden und dafür dann sogar Lob statt Tadel ernten aus den eigenen Reihen. Der Vorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion beherrscht diese seltene Kunst. Weil er den passenden Ton und die richtige Stimmungslage trifft bei seiner Zustandsbeschreibung des öffentlichen Dienstes. Der ist für ihn ein Sanierungsfall.

Ulrich Silberbach wählt schon seit längerem drastische Worte, wenn er die Situation in Behörden und staatlichen Betrieben beschreibt. Inzwischen spricht er sogar davon, dass „der Staat immer häufiger versagt“. Eines seiner Beispiele: Tatverdächtige werden aus der U-Haft entlassen, weil Gerichte wegen Personalmangels nicht fristgerecht Prozesse starten können. Unakzeptabel.

Der dbb Vorsitzende greift mit seiner Zustandsbeschreibung geschickt die Einschätzung in der Bevölkerung auf. 60 Prozent halten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert. Für Silberbach „ein alarmierendes Anzeichen für den Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit unseres Staates“.

Kein Staatsdiener muss deshalb jedoch das Gefühl haben, er persönlich werde kritisiert für unzureichende Leistung. Der Schwarze Peter landet bei der Politik, die, so der Vorwurf, den öffentlichen Dienst mit der Rotstift-Politik in diese missliche Lage gebracht hat.

Natürlich kann manches besser werden im öffentlichen Dienst. Baugenehmigungen dauern viel zu lange. Steuerbescheide versteht Otto Normalverbraucher schon lange nicht mehr. Mehr Personal in Kindergärten, Schulen oder Kliniken wäre auch gut.

Gleichwohl bewegt sich Ulrich Silberbach mit seiner These

vom Sanierungsfall auf dünnem Eis. Unterm Strich sind die staatlichen Dienstleistungen in der Regel besser als es dieses Etikett umschreibt. Das weiß keiner so gut wie der dbb Vorsitzende. Denn er sagt auch: „Deutschlands öffentlicher Dienst ist einer der besten in der ganzen Welt.“

Deshalb stellt sich die Frage: Was treibt ihn zu diesem etwas einseitigen Bild? Die Antwort ist simpel: Im Herbst stehen Tarifverhandlungen an für die 2,7 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Es gehört zum taktischen Handwerkszeug guter Unterhändler, vor Beginn solcher Runden für ein Klima zu sorgen, welches es erleichtert, Forderungen durchzusetzen.

Der dbb Vorsitzende erklärt den öffentlichen Dienst noch aus einem zweiten, strategischen Grund zum Sanierungsfall, der er so noch nicht ist. Er will mit der Überzeichnung verhindern, dass die von ihm beschriebene punktuelle Situation Allgemeinzustand wird. Es geht um eine langfristige Konzeption für den öffentlichen Dienst. Diese Debatte muss in der Tat geführt werden. Das vom dbb vorgelegte Thesenpapier „Aufbruch. Der öffentliche Dienst der Zukunft“ ist dafür eine gute Ausgangsbasis.

Es sind vor allem zwei Herausforderungen zu meistern: Demografie und Digitalisierung.

Beide sind durchaus in einem engen Zusammenhang zu sehen. Alle Arbeitgeber leiden darunter, dass im neuen Jahrzehnt die Babyboomer in den Ruhestand gehen und zahlenmäßig deutlich kleinere Jahrgänge ins Arbeitsleben starten. Schon heute fehlen in Bund, Ländern und Kommunen nach dbb Ermittlungen über 300 000 Mitarbeiter. Der öffentliche Dienst muss deshalb als Arbeitgeber attraktiver werden, wenn er im Wettstreit um die Arbeitskräfte von morgen nicht hoffnungslos unter die Räder kommen will.

Junge Menschen, die privat mit modernster Technik in der digitalen Welt unterwegs sind, die gewinnt man nicht für Jobs mit antiquierten Arbeitsmitteln und rückständigen Arbeitsabläufen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Öffentliche Arbeitgeber müssen so modern aufgestellt sein, dass ihre Arbeitsplätze begehrt sind.

Bei der Digitalisierung hinkt der Staat aber trotz vieler schöner Sonntagsreden der Politik noch viel zu weit hinterher. „Wir sind Entwicklungsland“, analysiert Ulrich Silberbach zutreffend. Die jetzt in der Diskussion befindliche Gründung eines Bundesministeriums für Digitalisierung wird daran wenig ändern. Ein Wasserkopf hilft nicht, wenn es an der Basis

stockt. Es ist erschreckend, wie weit die Kommunen im Rückstand sind bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes von 2017. Hier ist mehr Tempo nötig. Denn eine digitale Verwaltung kann Arbeitskräfte einsparen und Mitarbeitern Freiräume schaffen für Kundenbetreuung.

Keiner weiß dies besser als die Beschäftigten. Deshalb ist es gut, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer, Ulrich Silberbach und Verdi-Chef Frank Werneke einen Tarifvertrag Digitalisierung abschließen wollen. Kommunen und Länder müssen mit ins Boot. Der Vertrag muss die Weiterbildung für die digitale Arbeitswelt regeln und den Rahmen für mobiles Arbeiten (Homeoffice) abstecken. Damit kann der Staat Vorreiter werden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und an Attraktivität zulegen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Auch im digitalen Zeitalter benötigen Wirtschaft und Gesellschaft einen agilen öffentlichen Dienst.

Günther M. Wiedemann

> Der Autor ...

... Günther M. Wiedemann arbeitet als freier Journalist. Die Beobachtung der Gewerkschaften ist dabei seit vielen Jahren sein Arbeitsschwerpunkt.

© Colourbox.de

Monitor öffentlicher Dienst 2020

Neuaufgabe mit Mehrwert

Die dbb Broschüre „Zahlen Daten Fakten“ hat ein Facelift erhalten und kommt unter dem Titel „Monitor öffentlicher Dienst“ in neuem Format und mit mehr grafischen Elementen auf den Markt. Das Nachschlagewerk bietet jetzt noch mehr interessante Zahlen zum öffentlichen Dienst.

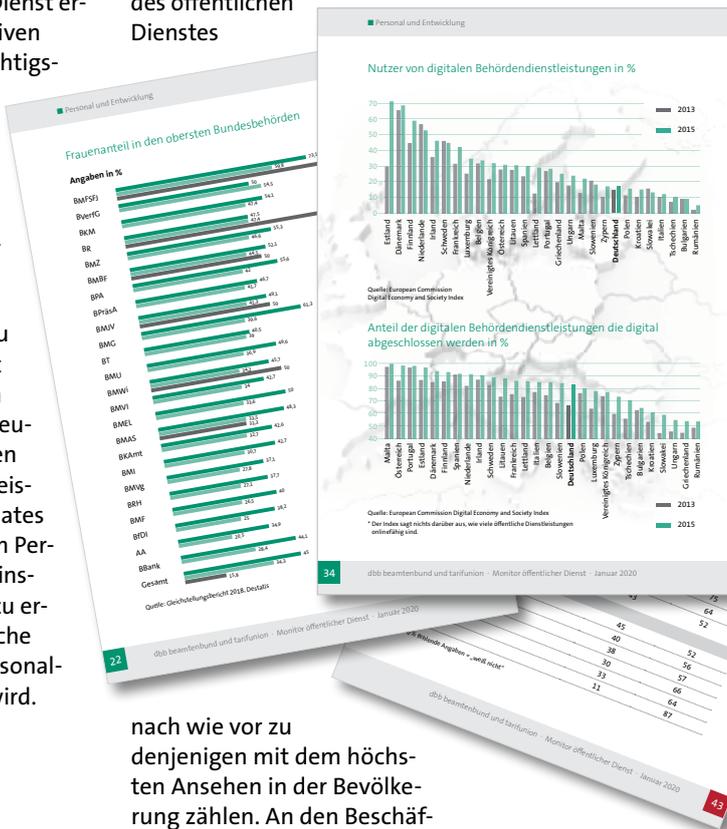


Das neu gestaltete Layout trägt dazu bei, wichtige Kennzahlen zum öffentlichen Dienst, wie sie die Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und andere Quellen liefern, auf einen Blick zu erfassen. Der Monitor öffentlicher Dienst ermöglicht einen objektiven Überblick über die wichtigsten Eckdaten und liefert eine belastbare Datengrundlage. Dabei lassen die Zahlen Rückschlüsse auf drängende Probleme zu, ohne zu werten: Zum Beispiel hat sich der Personalabbau im öffentlichen Dienst verlangsamt und ist in manchen Bereichen Neueinstellungen gewichen – dennoch leidet die Leistungsfähigkeit des Staates weiter unter massivem Personalmangel. Das gilt insbesondere, wenn die zu erwartende demografische Entwicklung in die Personalstatistik einbezogen wird.

Personalstand hinkt hinterher

Das wirkt sich unter anderem auch auf die Sichtweise der Bevölkerung auf die Daseinsvorsorge aus: Zahlen der forsa Gesellschaft für statistische Analysen, die exklusiv für den dbb erhoben werden, haben Eingang in die Broschüre gefunden und belegen, dass der Staat

aus Sicht der Bevölkerung zunehmend Probleme hat, seinen Pflichten nachzukommen. 61 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger halten den Staat zum Beispiel für überfordert – obwohl die Berufe des öffentlichen Dienstes



Europäischer Vergleich

Auch im europäischen Vergleich der öffentlichen Dienste gibt es Licht und Schatten: Während die Bundesrepublik in Sachen Leistungsfähigkeit und

Behördendienstleistungen angeht: Hier rangiert Deutschland nur im unteren Drittel.

Zu wenig Frauen in Führungspositionen

Ebenso weisen die aktuellen Zahlen einen deutlichen Nachholbedarf aus, was Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes angeht: Während das Bundesfamilienministerium als Leuchtturm für eine hohe Frauenquote dienen darf

– 59,8 Prozent der allgemeinen Leitungsfunktionen sind dort weiblich besetzt, beim Bundesverfassungsgericht sind es noch 50 Prozent –, scheitern alle anderen obersten Bundesbehörden an der paritätischen Besetzung oder unterschreiten sie zum Teil deutlich. Auf der anderen Seite ist der Anteil an Frauen, die in allen Beschäftigungsbereichen der obersten Bundesbehörden in Teilzeit arbeiten, mit durchschnittlich rund 87 Prozent sehr hoch.

Web-Tipp

Die Broschüre „Monitor öffentlicher Dienst 2020“ kann kostenlos im PDF-Format heruntergeladen werden: dbb.de/presse/mediathek/broschueren.html.

> DBB NRW

Keine schlechten Erfahrungen mit Föderalismus

> Roland Staudé,
Vorsitzender des DBB NRW

Im Gespräch mit dem „Behörden Spiegel“ hat der Vorsitzende des dbb Landesbundes in Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) Roland Staudé seine Position bezüglich der Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung verdeutlicht.

In Nordrhein-Westfalen hätte sich der Beamtenbund auf die Situation des Föderalismus eingestellt. Nach harten Gesprächen mit den verschiedenen Landesregierungen habe man inzwischen ein System gefunden, das funktioniere und akzeptiert sei, zitiert der Behördenspiegel den dbb Landeschef in seiner Ausgabe von November 2019. Staudé: „Wir sind gut aufgestellt und haben Erfolge zu verzeichnen. Wir haben insofern keine schlechten Erfahrungen mit dem Föderalismus gemacht.“

Mit Blick auf die Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst meint Staudé, dass unter anderem für eine Neugestaltung der Arbeitszeit und für Verbesserungen in besonders belasteten Bereichen (etwa Polizei, Justiz, Steuerfahndung oder Feuerwehr) gesorgt werden müsse. „Dazu haben wir mit der Landesregierung vereinbart, während der Laufzeit des Tarifvertrages bis 2022 uns diesen Themen zu widmen.“

Bei der Ausgestaltung der Pläne für einen Digitalisierungs-Tarif-

vertrag müsse man das Ganze im Blick haben, gibt Staudé zu bedenken. Deshalb wäre es seiner Meinung nach sympathischer, auf Bundes- oder Landesebene einen Rahmen zu setzen und alles Weitere über Betriebs- oder Dienstvereinbarungen zu regeln. „Denn die Kolleginnen und Kollegen kennen die Probleme vor Ort.“ ■

> dbb Hessen

Öffentlicher Raum darf nicht zum Angstraum werden

„Wenn in einer Gesellschaft selbst das gemeinsame Begehen eines freudigen Anlasses wie den Jahreswechsel für den Normalbürger in einem hohen Maße von einem Angstgefühl überlagert wird, dann ist ein wesentlicher Teil unserer freien Entfaltungsmöglichkeiten bereits verloren gegangen“, zog Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen am 2. Januar 2020 eine ernüchternde Bilanz der Neujahrsnacht.



> Heini Schmitt,
Vorsitzender des dbb Hessen

„Rücksichtslose, gewaltbereite Gruppen und Einzelpersonen machen den öffentlichen Raum zunehmend zum Angstraum“, sagte Schmitt.

Die stets präsente terroristische Bedrohung, die Angst von Frauen vor sexuellen Übergriffen, die Angst vor extremen Einzelgewalttaten gegen völlig Unbeteiligte, aber vor allem Missbrauch von Feuerwerkskörpern haben dazu geführt, dass sich friedfertige

Menschen an Silvester an vielen Orten nur noch mit einem höchst unguuten und mulmigen Gefühl im öffentlichen Raum bewegen können. „Das vermeintliche ‚Recht‘ des Fanatischen, Stärkeren, Rücksichtslosen und Gewaltbereiten scheint den öffentlichen Raum zu dominieren. Gewalttäter, die Einsatz- und Rettungskräfte attackieren, attackieren unmittelbar unseren Staat und unsere Werte“, fasste Schmitt den besorgniserregenden Trend zusammen. ■

> tbb

Forderungen für die neue Legislaturperiode

Mehr Wertschätzung (nicht nur in Worten), Stopp des Personalabbaus, aufgabengerechte Personalausstattung, klare Kompetenzverteilung, Bekennnis zum Berufsbeamten-tum, eine den modernen Anforderungen entsprechende Sachausstattung: So lässt sich der Forderungskatalog des dbb Landesbundes in Thüringen (tbb) zusammenfassen, den der Vorsitzende Helmut Liebermann am 11. Dezember 2019 an Ministerpräsident Bodo Ramelow übergeben hat.

Das umfangreiche Forderungspapier für die Legislaturperiode 2019 bis 2024 hat der tbb gemeinsam mit seinen 33 Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes erarbeitet. ■

„Ein moderner, verlässlicher und leistungsfähiger öffentlicher Dienst gehört zu den elementaren Voraussetzungen für einen starken Rechts- und Sozialstaat als wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und eine funktionierende Gesellschaft. Deshalb ist die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, indem die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden“, sagte Helmut Liebermann.

Der tbb erwarte von der neuen Landesregierung, dass der öffentliche Dienst nicht vorrangig als Kostenfaktor, sondern als Leistungsträger betrachtet



> Helmut Liebermann,
Vorsitzender des tbb

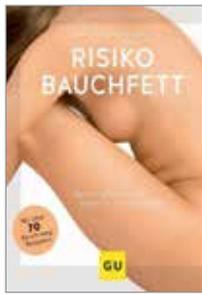
wird, der politische Entscheidungen vorbereitet und vor allem in konkretes Handeln umsetzt. Der öffentliche Dienst müsse zudem im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte mit der Wirtschaft und anderen Ländern konkurrenzfähig aufgestellt sein. ■

> Kurz notiert

Vom 10. bis 12. Dezember 2019 fand in Berlin die **17. Konferenz der Jobcenter-Personalräte** statt. Am Rande der Tagung trafen sich die in den dbb Mitgliedsgewerkschaften **vbba** – Gewerkschaft Arbeit und Soziales, **komba** und **GdS** Gewerkschaft der Sozialversicherung organisierten Vorsitzenden der Jobcenter-Personalräte zu einem Meinungsaustausch mit dem Zweiten Vorsitzenden des dbb, Friedhelm Schäfer, um die anstehende Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes zu diskutieren. Schäfer machte deutlich, dass die vom Bundesministerium des Innern (BMI) vorgelegten Eckpunkte weit hinter den Erwartungen des dbb an ein modernes Personalvertretungsrecht zurückbleiben. Die bundesweite Arbeitsgruppe der Vorsitzenden der rund 300 Jobcenter-Personalräte tritt zweimal pro Jahr als Konferenz zusammen.

Lesenswertes vom dbb verlag empfohlen

Ran an den Bauch!



Risiko Bauchfett Dr. Nicole Schaezler

Neueste Forschungserkenntnisse zeigen, dass ein gut gefülltes Fettdepot im Bauchraum ständig Fettsäuren, Hormone und sogar Entzündungsstoffe freisetzt – damit werden die fatalen Weichen für die Entstehung von chronischen Erkrankungen gestellt. Neben dem optischen Aspekt also ein viel wichtiger Grund, den Pfunden zu Leibe zu rücken! Wie das geht, fasst dieses Buch zusammen – ganz ohne Diät.

144 Seiten, Taschenbuch, 14,99 Euro

Anzahl: _____

Geniale Schülerantworten



Vervollständige die Funktion Petra Cnyrim

Manche Menschen reagieren in Prüfungssituationen bei Unwissenheit einfach mit Humor und beweisen mit ihrem Antwortversuch zumindest Talent und Cleverness. Dieses Buch versammelt die originellsten 222 Antworten auf Prüfungsaufgaben, die garantiert kein Auge trocken lassen. Wäre man doch nur in der eigenen Schulzeit so schlagfertig und kreativ gewesen!

176 Seiten, Taschenbuch, 8,99 Euro

Anzahl: _____

Fernweh-Garantie



Legendäre Zugreisen Lonely Planet

Kommen Sie mit auf eine Reise um die Welt: In legendären Zügen wie der Transsib, dem Orient- oder dem Glacier-Express und mit Exoten auf weniger bekannten, dafür umso abenteuerlicheren Routen: entlang der Pazifikküste der USA im Coast Starlight oder durch die Anden auf der einzigen Bahnlinie zwischen Lima und Huancavelica. Voller Entdeckungen für Kenner und Neulinge unter den Bahnfans mit Geschichten, Fakten und Tipps großer Reiseautoren.

304 Seiten, Gebunden, 26,90 Euro

Anzahl: _____

Verblüffende Gemeinsamkeiten



Das geheime Band zwischen Mensch und Natur Peter Wohlleben

Peter Wohlleben ist überzeugt: Das Band zwischen Mensch und Natur ist bis heute stark und intakt, auch wenn wir uns dessen nicht immer bewusst sind. Er macht klar, dass Menschen, Tiere und Pflanzen Teil eines wundervollen Systems sind, in dem einer vom anderen abhängt und alles ineinandergreift – und dessen Zusammenwirken wir bis jetzt kaum ansatzweise verstehen.

240 Seiten, Gebunden, 22,00 Euro

Anzahl: _____

Endlich mehr Geld



Trick 17 – Spartipps Chris Ignatz

Sparsamer zu leben, ist in Wirklichkeit gar nicht so schwer! Ob im Haushalt, beim Autofahren, in der Freizeit oder beim Wocheneinkauf – mit diesen einfachen 111 Tricks können Sie ohne großen Aufwand Geld sparen. Ein kompaktes Büchlein, modern und originell zusammengestellt.

144 Seiten, Taschenbuch, 7,99 Euro

Anzahl: _____

Heiter und scharfsinnig



Wozu wir da sind Axel Hacke

Seit dreißig Jahren schreibt Walter Wemut Nachrufe. Nun soll er die Rede zum 80. Geburtstag einer Freundin halten. Thema: das gelungene Leben. Aber wann ist ein Leben gelungen? Und wer entscheidet das? Darüber denkt Wemut nach, in einem furiosen Monolog über das Leben – poetisch, geistreich, witzig und klug.

240 Seiten, Gebunden, 20,00 Euro

Anzahl: _____

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-49 abschicken.

Name/Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Kontakt bei Rückfragen (Telefon/E-Mail) _____

Datum/Unterschrift _____



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon 030.7261917-23 • Telefax 030.7261917-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de

Werbereinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich der dbb verlag über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Post an dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

> GDL

Deutsche-Bahn-Berateraffäre lückenlos aufklären

> Claus Weselsky,
Bundesvorsitzender der GDL

Ehemalige Führungskräfte und externe Berater der Deutschen Bahn (DB) haben viele Millionen Euro erhalten. „Dieser Umgang mit Steuergeldern ist hanebüchen. Der Gipfel ist jedoch, dass die DB und ein Teil ihrer Aufsichtsräte die Berateraffäre absichtlich verzögern, kleinreden und sie am Ende gerne auch noch vertuschen würden.“ Das hat Claus Weselsky, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize, am 9. Dezember 2019 deutlich gemacht.

Die GDL lehne jedwede Verzögerung und natürlich die Vertuschung der Berateraffäre ab und fordere eine lückenlose Aufklärung. „Nicht nur die ehemaligen Führungskräfte müssen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie für Peanuts oder für gar nicht erbrachte Leistungen horrenden Summen kassiert haben. Darüber hinaus muss das gesamte Beraterunwesen auf den Prüfstand, damit wieder interne Fachkräfte mit Sachverstand im Eisenbahnsystem zum Zuge kommen und die Verschwendung von Steuergeldern endlich aufhört“, sagte Weselsky. Dazu hätten die GDL-Mitglieder in den Aufsichtsräten der DB-Transportgesellschaften entsprechende Anträge eingebracht und außerordentliche Sitzungen beantragt.

„Das Zugpersonal bringt für wenig Geld die Wertschöpfung in

den Betrieben und ist immer für alles selbst verantwortlich. Zur ‚Belohnung‘ werden unsere Kollegen bei kleinsten Verfehlungen abgemahnt und bestraft. Es muss Schluss sein mit dieser Doppelmoral“, so Weselsky. ■

> dbb rheinland-pfalz

Öffentlicher Dienst muss konkurrenzfähig bleiben

„Im verschärften Arbeitgeberwettbewerb um qualifizierte Kräfte wird es für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz zunehmend schwerer, sich zu behaupten.“ Darauf hat dbb Landeschefin Lilli Lenz im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion am 3. Dezember 2019 hingewiesen.

„Aus dbb Sicht muss noch stärker daran gearbeitet werden, dass der öffentliche Dienst konkurrenzfähig bleibt und in der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarkts nicht abgedrängt wird. Der dbb rheinland-pfalz fordert deshalb mittelfristig mehr Mittel zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes im Land“, so Lenz.



> Lilli Lenz, Vorsitzende des
dbb rheinland-pfalz

Die Gesprächsteilnehmer sprachen sich zudem vehement gegen Gewalt zulasten öffentlich Bediensteter sowie Angehöriger der Rettungsdienste aus. Die Täter müssten konsequent verfolgt werden. Aufgeschlossen reagierte die CDU-Landtagsfraktion auch auf dbb Anregungen für möglichst anonyme Opferkontaktmöglichkeiten zu einer zentralen

Anlaufstelle sowie für den Ausbau interner und externer Hilfsangebote. ■

> NBB

Halbherzige Haushaltsbeschlüsse

Der Niedersächsische Beamtenschaft und Tarifunion (NBB) hat die durch das Landeskabinett verabschiedeten Haushaltsbeschlüsse in der Frage der Sonderzahlungen zugunsten der Beamtinnen und Beamten erneut als „halbherzig“ bezeichnet.

Mit Blick auf die bereits im Sommer beschlossenen Sonderzahlungen sagte NBB-Chef Alexander Zimbehl am 26. November 2019: „Diese Zahlung von 300 Euro ab der Besoldungsgruppe A 9 kann und darf nur ein Einstieg sein – ein Einstieg in erste Überlegungen und mit Sicherheit nicht ein abschließendes Ergebnis für die Beamtinnen und Beamten. Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung hier nicht noch einmal nachgelegt hat.“

Durch den Wegfall des Weihnachtsgeldes spare das Land Niedersachsen Jahr für Jahr etwa 700 Millionen Euro zum



> Alexander Zimbehl,
Vorsitzender des NBB

Nachteil der eigenen Beamtinnen und Beamten ein. „Mit dieser Entscheidung fließen maximal 60 Millionen wieder zurück“, so Peter Specke, 2. Landesvorsitzender des NBB, weiter. „Dieses Missverhältnis kann nicht im Interesse der Beamtenschaft sein.“

Ausdrücklich kritisierten die Gewerkschafter darüber hinaus die Entscheidung, dass die Pensionäre weiterhin bei den Planungen der Landesregierung zur Gewährung von Sonderzahlungen keine Berücksichtigung finden: „Es waren grade diejenigen, die nunmehr im Ruhestand sind, die in Zeiten knapper Kassen durch ihren unfreiwilligen Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld maßgeblich zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben.“ ■

> Kurz notiert

Der **BDZ** hat sich bei zwei Anhörungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages im November 2019 für den vehementen Kampf gegen Geldwäsche eingesetzt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende **Thomas Liebel** begrüßte dabei die vorgesehene Stärkung der Befugnisse des Zollfahndungsdienstes sowie die geplante Erweiterung der Zugriffsmöglichkeiten der Financial Intelligence Unit (FIU) auf polizeiliche Datenbanken. Außerdem setzte sich Liebel im Namen des BDZ für eine personelle Stärkung des Zollfahndungsdienstes ein.

Wolfgang Ladebeck, Vorsitzender des **dbb sachsen-anhalt**, hat den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen bekommen. Überreicht wurde die Auszeichnung am 11. Dezember 2019 in der Staatskanzlei in Magdeburg von Rainer Robra, Staats- und Kulturminister in Sachsen-Anhalt. „Seit beinahe 30 Jahren setzen Sie sich in beeindruckender Weise dafür ein, dass die Belange der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – insbesondere der Polizei – in Politik und Öffentlichkeit Gehör finden. Sie haben Ihre Erfahrungen und Ihre Zeit stets uneigennützig in den Dienst der Gesellschaft gestellt und hierdurch in vorbildlicher Weise einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwohl geleistet“, sagte Robra.

Reise und Erholung

DEUTSCHLAND

Ostseebad Rerik, FeWo, 2 Schl. Zi., Bad, Küche mit GS, gr. Balkon, PP, strandnah, HS ab 76 €, NS 49 €. **Tel. 04281/5377 od. 0173/6741807**

Zingst: FeWo, strandnah, im Darßer Weg, 2-7 Pers., Tel.: 042 77/12 19, **www.thamm-ferienwohnung.de**

Fischland-Darß, 2 FeWo in Zingst, 150 m z. Strand, **Tel. 01 77 563 49 35, www.fewo-haus-sonnenschein.org**

Rügen, FeWo f. 2 Pers. Hund willkommen, Seeblick, dir. a. Strand, kompl. Ausstattung **Tel. 038392/63474**

Insel Rügen 5*- Ferienwohnungen exklusive Ausstattung, ruhig, sonnig, für 2-4 Pers., 2 Schlafz., 2 Bäder, Kamin, ab 55,-€, Fam. Jens, Tel. (038301) 60289, **www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**

Bungalows am Waldrand in Seenähe, zwischen Plau und Goldberg, **Tel.: 042 77/12 19, www.thamm-ferienwohnung.de**

TIMMENDORFER STRAND - OSTSEE Schöne 62-m²-FeWo direkt an der Strand-allee WZ/SZ/KÜ/BAD/PARKDECK. Details unter **www.villa-demory-timmendorf.de** ÖD-Kollegen 10% Rabatt. **Tel. 047 91/307-152**

OSTSEEINSEL FEHMARN, Strandnahes FH, keine Haustiere, Tel. 0 22 36/57 46, **www.fehmarn-cottage.de**

Ferienhaus „Vom Wind“, Kappeln/Schlei 2-5 Pers., Kaminofen, Galerie, TV, Garten, Loggia, E-Ladestation, 2 Min. zur Schlei, Nähe Ostsee, geschützte Lage. Tel. 046 42/92 23 93, **traum-ferienwohnungen.de/201930/**

Nordsee, Friedrichskoog-Spitze, komf. Fewo bis 4 Pers., WZ, 2 SZ, SAT, Stellplatz, 200 m Strand, **Tel. 041 23/6336**

NORDSEE - HUSUM, FH, MAX. 4 PERS. AB 55,- €/TG, DIREKT AM DEICH. **www.ferienhaus-kristin.de 04663/187167**

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Melkkarussell, Schafe, Ponys, Kleintiere, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne-FeWos, für 2-6 Pers., Sauna, Hausprospekt **Tel. (04862) 8541, www.rickerts.de**

Westerland/Sylt, 2 gemütliche Ferienwohnungen, 2 und 4 Personen, 300 m Strandnähe. **Tel. (040) 647 6276**

Urlaub an der Nordsee! Schöne Ferienwohnungen und Appartements zu günstigen Preisen.

Sie können bei Flut in der Nordsee und bei Ebbe im Freibad baden, Sonnenbaden, Sandburgen bauen, Wattwandern, Windsurfen oder die wunderschöne Umgebung mit dem Fahrrad erschließen. Ganzjährig geöffnet.

„Das Fischerhaus“ - Roswietha Alts **Robbenstr. 2 · 26506 Norddeich** **Tel. (04931) 81234 · Fax (04931) 8754**

Neßmersiel, Top-FeWo a. Meer, 2 Pers. + Kind, Hunde willk., Tel. 0208/46 86 21 56, **www.nordsee-casa.de**

Komfortabler, seniorengerechter Ferienbungalow in Greetsiel, Hafennähe, ganzjährig zu vermieten. **www.fewo-boomgaarden.de, Tel. 0 49 25/17 86**

SONSBECK/NIEDERRHEIN, Komf. FW ab 2 Pers., ideale Wander- u. Radfahrsmögl. **www.urlaub-auf-dem-bauernhof-hawix.de** **Tel. 02838/1803**

Mosel, 10 FeWo in Bernkastel-Kues, 1-3 Schlafz., Burgtblick-Balkon, 2-8 P. **Tel. (06531) 1421, www.mosel-ferien.de**

Hochsauerland/Rothaarsteig Ferienhaus Sauerland - Chalet Limonet, (ab 2020) zertif. Kneippheilbadeort, 75 m² ebenerdiges Ferienhaus, 2-5 Pers., TV, Garten, Loggia, Panoramalage, Infrarotsauna, Heimtrainer, 10 Min. zum Kurpark, Golfplatz, Pferdepension, Waldfreibad, Langlaufloipe, Mountainbike-Strecke, buchbar. **Traum-Ferienwohnungen 262923**

Schwarzwald - Bauernhofurlaub 2 FeWo ***/**** ab € 43,- **Tel. 07806/8486, www.bierpeterhof.de**

Urlaub im Berchtesgadener Land ab 30-70 €/Tag, 2-4 Pers. **** FEWO's ruhig, **www.obermoarhof.de, 08656837**

83471 BERCHTESGADEN Komfort-Zimmer mit Frst.Buffet & FEWO, Balkon, sonnige Lage, Hallenbad, bequeme Wanderwege, **Tel. 08652/97888-0, www.weierbach.de, Alpenhotel Weierbach, Inhaber: Benno Plenk, Weierbachweg 8**

Bodensee - Langenargen, FeWo, 2 P., 3 Min. z. See, gr. Balk., ab 35€ p. P und Tag. **Tel. 01525/1010500, www.fewo-bratz.de**

Bodensee - Markdorf: 3 gut einger. FeWos, ruh. Lage, Waldnähe, 2-4 Pers., 60-90 m², 1-2 SZ, Terrasse u. Garten; Balkon m. See-/Alpenblick. **07544/2391; www.haus-knobloch.de**

Bayer. Wald zw. ARBER und HOHENBOGEN Sehr ruhige Alleinlage, herrlicher Panoramablick, Kolmsteiner Hof, 93453 Neukirchen b. Hl. Blut, **Tel. (09947) 444, Fam. Stumreiter www.kolmsteiner-hof.de**

Zellertal - Arberregion - Bayer. Wald: ÜF ab 23,50 €! Komfortzimmer u. FeWos! **Tel. (09945) 349, Fax 2353, www.zur-poschinger-huette.de**

STEIGERWALD - Franken fränk. Weinland, FeWo f. 2-4 Pers., **Tel. 0178/6514062, www.steigerwaldurlaub.com**

8 Tage Legendäres Wasser nur 635€ inkl. HP + 8 Behandlungen + kein EZ-Zuschlag
 Kurarzt + Physiotherapie, zentrale Lage, Thermalbad + Sportbad, Sauna, Infrarot
Kur- und Thermenhotel San Andreas
 Goethestraße 12 · 94072 Bad Füssing GmbH & Co. KG
 Tel.: 08531 2930 · **www.kurhotel-san-andreas.de**

Angebot von 01.03.-30.12.20
 Preis pro Pers./Tag zzgl. Kurtaxe
 Beihilfefähiges Sanatorium

36°C Thermalbad
 28°C Sportbad

ÖSTERREICH

SOMMER ALL IN ONE PAUSCHALE
 1 Woche Halbpension & Silvrettacard € 427,-
KOSTENLOS INKLUSIVE
 Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, Frei- u. Hallenbäder, Badese, gef. Wanderungen, MTB Verleih, Wellness. Kinderermäß., Wander- u. Kinderprogramm vom TVB
 Alles neu ab Sommer 2019!

POST HOTEL
 Fam. A. Handle
 A-6553 See, Au 164
 T +43-5441-8219

www.postsee.at info@postsee.at

WIEN - PREISWERT

FeWo mit DU/WC, Küche, Sat-TV, Tel., WLAN, PkPl. ab 27,- € pro Pers.
 Gally Apartments, A-1150 Wien
 Arnsteingasse 25, **Tel. 00 43/1/892 90 73, Fax 00 43/1/893 1028, www.gally.biz**

Tirol, FeWo, 2-6 Personen oder DZ, **Tel. (0043) 5246/6613, www.lechnerhof-tirol.com**

ITALIEN

TOSKANA

Weingut FeWo, dtsch. Ltg., Tipps **www.beglueckende-toskana.de**

Toskana, bes. schöne ruh. Panoramalage Altes Steinhs hochw. renoviert+möbliert, 2Wng 17km z.Meer **www.toscanapivat.de**

TOSKANA-MEER Naturstein-Ferienhs. 2-4 Pers. + 4-6 Pers. mit und ohne priv. Pool, Strada del Vino **www.toskana-urlaub.com 0 86 62/99 13**

Gardasee, Limone, FeWo mit tollem Seeblick, 2 SZ, Bad neu; ☎ 089/46205821; **www.fewo-am-gardasee.de**

DÄNEMARK

Bornholm - schönste dän. Ostseeinsel Komf. FeHäuser verm. ganzjährig **Tel. 0 51 01-36 46 www.konrad-tours.de**

SPANIEN

Ibiza - Cala Llenya, Ferienhaus mit priv. Pool, Strandnähe 2-6 Pers., **Tel. 01 70/44 101 28 oder casadelSol-ibiza@web.de**

Bei **MALAGA**, 4 FW von 2-6 P. im freistehenden Haus an der Grünzone. Info: **www.cmijas137.de, Panoramafotos**

FRANKREICH

Languedoc-Roussillon - WEBEN & LEBEN wie Gott in Frankreich. Web-Workshops f. Anf. & Fortg., 17.-24.07. und 24.-31.07.2020 **Mobil 01 51/41 22 87 94, www.wulf-weber.de**

AKTIVURLAUB

500 Fasten-Wanderungen überall. Woche ab 330 €. **Tel./Fax 0631-47472, www.fasten-wander-zentrale.de**

DANKE

Für über 70 Jahre Engagement und Vertrauen. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin notleidene Kinder und Familien zu unterstützen.



> vbb

Neue Bundesleitung im Amt

> Die neue VBB-Bundesleitung (von links): Christian Gürke, Imke von Bornstaedt-Küpper, Christoph Harke, Katja Wiskirchen, Marion Gerber, Dr. Hans Liesenhoff (Bundesvorsitzender) und Klaus-Peter Schäfer

Die Delegierten des XVI. Bundesvertretertags des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB) wählten Ende November 2019 in Berlin Dr. Hans Liesenhoff zum neuen Bundesvorsitzenden. Wolfgang Kamm, der den Verband 13 Jahre geführt und wegen seiner Pensionierung im Frühjahr 2020 auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, wurde zum VBB-Ehrenvorsitzenden ernannt. Neben Liesenhoff komplettieren Klaus-Peter Schäfer, Imke von Bornstaedt-Küpper, Katja Wiskirchen, Christian Gürke, Marion Gerber und Christoph Harke die neue VBB-Bundesleitung. ■

> dbb Lehrerergewerkschaften

Kultusministerkonferenz in der Kritik

Die aktuellen Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) für den Lehrkräftebedarf 2030 sind bei den dbb Lehrerergewerkschaften auf heftige Kritik gestoßen.

Die Chefs des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) bemängeln nach der KMK-Prognose, dass in erster Linie Lehrkräfte für die berufliche Bildung fehlten. „Die Situation ist schon lange brenzlich. Der Bedarf steigt bis 2030 noch weiter an und das Lehrangebot bleibt auf der Strecke“, so BvLB-Vorsitzender Joachim Maiß. „Es fehlen grundständig qualifizierte Lehrkräfte. Berufliche Schulen setzen schon oft auf Seiteneinsteiger, die „on the job“ nachqualifiziert werden. Was ursprünglich als Notlösung gedacht war, ist heute gängige Praxis“, sagte auch

der BvLB-Vorsitzende Eugen Straubinger.

Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), übte grundsätzliche Kritik an der KMK-Methodik: „Diese Erkenntnisse sind doch heute schon Schnee von gestern. Der Lehrkräftebedarf wird aus dem heutigen Status quo hochgerechnet. Dabei wissen wir doch jetzt schon, dass bis 2025 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung umgesetzt werden soll. Hinzu kommen Inklusion, Integration und das Lernen und Lehren unter Nutzung digitaler Endgeräte. Der Lehrkräftebedarf muss endlich entsprechend dieser erhöhten Bedarfe berechnet werden.“

Auch die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Susanne Lin-Klitzing, hält den Berechnungsansatz KMK für verfehlt: „Es muss endlich Schluss sein mit dem Lehrkräftemangel aufgrund von mangelhafter Planung durch die Länder. Wer heute –

in welchem Fach auch immer – nicht genügend Fachlehrer bereitstellt, ist verantwortlich für die unbefriedigenden Ergebnisse unserer Schülerinnen und Schüler in den Vergleichsuntersuchungen von morgen.“

Nach dem Scheitern des Nationalen Bildungsrates (Bayern und Baden-Württemberg haben ihren Rückzug angekündigt) will die KMK nun einen wissenschaftlichen Beirat einrichten. VBE-Chef Beckmann: „Wir begrüßen, dass die Kultusministerkonferenz damit eingesteht, dass zur Lösung der vielfältigen Herausforderungen Beratung durch ein unabhängiges Gremium erforderlich ist. Wenn es so umgesetzt wird, wie momentan geplant, bleibt die Praxis jedoch ungehört. Das wäre eine vertane Chance.“ Die DPhV-Bundesvorsitzende Lin-Klitzing erneuerte in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer grundlegenden Reform der KMK. Wechselnde Schwerpunktsetzungen durch die jährlich rotierende Präsidentschaft würden bisher das substanzielle Anliegen der länderübergreifenden Herausforderungen erschweren. „Eine mindestens dreijährige Amtszeit der jeweiligen KMK-Präsidentschaft und einen wissenschaftlichen Beirat, der ähnlich einem Sachverständigenrat die reformierte KMK berät. Mindestens das brauchen wir, um angemessen die komplexen Probleme im Bildungsföderalismus kontinuierlicher anzugehen und Ziele auf höherem Niveau verbindlicher erreichen zu können.“ ■

> BBB

Unterstützung für BBB-Initiative gegen Gewalt

Mit der Gründung der gemeinsamen Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ flankieren das bayerische Justizministerium und die Landeszentrale für neue Medi-

en seit Ende 2019 die Aktion „NEIN zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ des Bayerischen Beamtenbundes (BBB).

Der Kampf gegen Hass und Hetze im Netz sei unerlässlicher Bestandteil des Einsatzes gegen Gewalt, so Bayerns Justizminister Georg Eisenreich. „Unser Projekt ist ein wichtiger Schritt, um Hass im Netz erfolgreich zu bekämpfen. Notwendig ist nach meiner Überzeugung auch, dass wir das Beleidigungsstrafrecht anpassen. Es hinkt in manchen Bereichen der Realität hinterher. Das muss sich ändern. Hass und Hetze im Netz müssen härter bestraft werden können. Beleidigungen sind in der Anonymität des Internets enthemmt, erreichen mehr Menschen und sind praktisch kaum mehr aus der Welt zu bekommen“, sagte Eisenreich beim BBB-Hauptvorstand am 3. Dezember 2019.



> Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB)

Auch müsse noch mehr getan werden, um die Betreiber sozialer Netzwerke stärker in die Pflicht zu nehmen. „Es ist nicht akzeptabel, dass sich global agierende Internetkonzerne hinter ihren Firmensitzen und Servern im Ausland verstecken und die Justiz auf Rechtshilfeersuchen an ausländische Behörden verweisen“, so der Justizminister. „Meine Erwartungshaltung ist klar: Auskunftersuchen unserer Strafverfolgungsbehörden müssen ohne Wenn und Aber beantwortet werden.“ ■